

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

55. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 13. bis 17. November 2009 in Edinburgh, Vereinigtes Königreich

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Teilnehmer der deutschen Delegation	1
Ablauf der Tagung	1
Politischer Ausschuss (PC)	1
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	4
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	9
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	11
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	18
Plenarsitzung	20
Entschließungen 375 bis 380	24

Die 55. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 13. bis 17. November 2009 in Edinburgh, Vereinigtes Königreich, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Dr. Karl A. Lamers, MdB (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Markus Meckel (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation,

Kurt Bodewig (SPD),

Robert Hochbaum, MdB (CDU/CSU),

Lothar Ibrügger (SPD),

Ursula Mogg (SPD),

Ruprecht Polenz, MdB (CDU/CSU),

Hans Raidel (CDU/CSU),

Anita Schäfer, MdB (CDU/CSU),

Paul Schäfer, MdB (DIE LINKE),

Dr. Rainer Stinner, MdB (FDP),

Andreas Weigel (SPD).

Bundesrat:

Staatminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation,

Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD), Rheinland-Pfalz,

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern,

Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am Samstag, 14. November 2009, und am Sonntag, 15. November 2009, statt. Das Plenum tagte am Dienstag, 17. November 2009.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am 14. und 15. November 2009 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland).

Im Zentrum der Beratungen des Politischen Ausschusses standen die Partnerschaft der NATO mit Georgien, die Neuausrichtung der Beziehungen zur Russischen Föderation, die Präsidentschaftswahlen im Iran, der internationale Terrorismus, der Beitrag der NATO PV zum neuen Strategischen Konzept der NATO, die Transatlantische Kooperation mit Pakistan und die Transatlantischen Sicherheitsbeziehungen.

I. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Georgien und die NATO“, vorgelegt von dem Berichterstatter Rui Gomes da Silva (Portugal)

Das Hauptaugenmerk legte der Berichterstatter auf die Auswirkungen des Georgienkrieges auf die Reformbemühungen des Landes und dessen Beziehungen zu Russland. Zahlreiche Ausschussmitglieder befürworteten unter Verweis auf Georgiens Fortschritte auf vielen Gebieten den Beitritt zur NATO. Auch wurde gefordert, dass kein Land sich in die Entscheidungsfindung der NATO oder eines beitrittswilligen Landes einmischen dürfe.

Der Berichtsentwurf wurde mit wenigen Änderungen angenommen.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Neustart der Beziehungen zu Russland“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Raynell Andreychuk (Kanada)

Sowohl von Seiten der NATO als auch der Russischen Föderation wurde der Wille bekräftigt, im Rahmen des NATO-Russland-Rates einen konstruktiven Dialog mit Russland fortzusetzen. Neben den zahlreichen internationalen Kontakten Russlands zu Parlamenten und Gremien habe auch der Besuch des britischen Außenministers zu einer politischen Entspannung beigetragen. Skeptisch wurde von einigen Delegierten der Vorschlag des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur bewertet, da sich dahinter ihrer Ansicht nach die Absicht verberge, das Bündnis zu spalten. Dem widersprach ein russischer Delegierter mit dem Argument, Russland verstehe seinen Vorschlag eher als Diskussionsgrundlage denn als fertiges, unumstößliches Konzept. Als weitere Felder für eine Kooperation mit Russland wurden sowohl die Arktis als auch Iran und Afghanistan benannt.

Mit geringen Änderungen stimmten die Ausschussmitglieder dem Berichtsentwurf zu.

III. Vortrag von Professor Ali Ansari, Fachbereich Geschichte des Iran an der St.-Andrews-Universität, zum Thema „Die Präsidentschaftswahlen 2009 im Iran als Krise staatlicher Gewalt“

Professor Ali Ansari stellte fest, dass bei den Wahlen im Iran massiver Wahlbetrug stattgefunden habe. Das Regime weise paranoide Züge auf und habe einzig seinen Fortbestand vor Augen. Nach außen sei der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad jedoch um Normalität bemüht und stelle die Oppositionskräfte im Land als unbedeutend dar. Beachtlich sei, dass die führenden Ayatollahs sich gegen den offiziell deklarierten Wahlausgang ausgesprochen hätten. Im Hinblick auf die Oppositionsbewegung im Iran erläuterte Professor Ali Ansari, dass sie in erster Linie eine soziale, von der breiten Bevölkerung ausgehende Bewegung sei. Die Oppositionsanhänger befürworteten eine stärkere Öffnung und Demokratisierung

Irans und befürchteten den Verlust der westlichen Unterstützung und die Opferung der europäischen Werte im Gegenzug für einen Nukleardeal mit Ahmadinedschad.

Als Antwort auf die Frage, wie die Verhandlungen über das Teheraner Nuklearprogramm zu führen seien, entgegnete Professor Ali Ansari, die Gespräche müssten deutliche Zielsetzungen verfolgen. Häufig würden westliche Verhandlungspartner von der iranischen Regierung nicht ernst genommen, da diese wüssten, dass China und Russland im Weltsicherheitsrat ein Vetorecht besäßen. Wenig zielführend seien die vom US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama und dem britischen Premierminister Gordon Brown gegenüber dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai geäußerten Glückwünsche zu dessen erneuter Wahl. Daraus leite Iran ab, dass der Westen es mit der Demokratie nicht so ernst nehme wie er vorgebe. Druck auf Präsident Ahmadinedschad könne erzeugt werden, indem man sich dessen Fehler zu Nutze mache.

IV. Vortrag von Professor Paul Wilkinson, Zentrum für Terrorismus und Politische Gewalt der St.-Andrews-Universität, zum Thema „Herausforderungen durch internationalen Terrorismus“

Professor Paul Wilkinson begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass Terrorismus eine ernste Bedrohung darstelle und internationales Handeln erfordere. Al-Qaida sei als religiös motivierte Terrororganisation in Irak wie auch in Pakistan, am Horn von Afrika und in Somalia trotz vieler Rückschläge sehr aktiv. Wenn es dem Westen nicht gelinge, dem Terrorismus in Afghanistan und Pakistan ein Ende zu setzen, sei die Gefahr einer Ausbreitung nach Südostasien groß. Bei der Bekämpfung des Terrorismus müssten polizeiliche, wirtschaftliche, politische und geheimdienstliche Maßnahmen intelligent miteinander verknüpft werden.

V. Diskussion über den Beitrag der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO

Der Vizepräsident der NATO PV, Abgeordneter Sven Mikser (Estland), stellte als Berichterstatter für den Beitrag der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO die zahlreichen Empfehlungen der Versammlung an NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen vor. Dabei hob er die Beistandsverpflichtung der NATO-Mitglieder als Dreh- und Angelpunkt der neuen Strategie hervor. Das zukünftige Konzept müsse jedoch zudem den Begriff der globalen Sicherheit weiter fassen und Gefahren wie zum Beispiel Terrorismus, Energieknappheit oder Umweltkatastrophen einbeziehen. Ferner solle bei der neuen Strategie die Stärkung der Bündnissolidarität ebenso berücksichtigt werden wie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, allen voran der Europäischen Union (EU). Zu beheben sei auch das Defizit bei der Öffentlichkeitsarbeit der NATO. Die Ausschussmitglieder bekräftigten die Unterstützung der aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrages herrührenden Verpflichtung und die Berücksichtigung

neuer Bedrohungen jenseits der rein militärischen. Unterschiedliche Auffassungen bestanden darüber, ob zur Bewältigung militärischer Operationen angesichts der Finanzlage der einzelnen Bündnispartner besser gemeinsam finanzierte Ressourcen genutzt werden sollten. In das neue Strategische Konzept einfließen sollte auch die verstärkte Zusammenarbeit mit der EU im Verteidigungsbereich, die engere zivil-militärische Verzahnung und die Fortsetzung der NATO-Politik der offenen Tür.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Pakistan: ein Test für die transatlantische Zusammenarbeit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Mike Ross (Vereinigte Staaten)

Auf die Zusammenfassung des Berichts des Abgeordneten **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) Bezug nehmend betonten die Ausschussmitglieder die Bedeutung Pakistans für die Sicherheit in der Region, insbesondere für die Stabilität Afghanistans. Der Leiter der pakistanischen Delegation verwahrte sich gegen den Vorwurf, Islamabad bekämpfe die afghanischen Taliban nicht entschlossen genug. Dabei hob er die zahlreichen Opfer beim Kampf gegen die Aufständischen ebenso hervor wie die militärischen Erfolge in den Stammesgebieten. Eingegangen wurde auch auf den geschichtlich begründeten Konflikt zwischen Indien und Pakistan um die umstrittene Kaschmirregion. In dieser Region könnten die EU und die Vereinigten Staaten gemeinsam mäßigend und moderierend wirken.

VII. Vortrag von General a. D. Klaus Naumann, ehemaliger Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, zum Thema „Transatlantische Sicherheitsbeziehungen“

Mit dem „Krieg gegen den Terror“, den die Vereinigten Staaten in Folge der Anschläge vom 11. September 2001 begonnen hätten, habe der transatlantische Zusammenhalt zu bröckeln begonnen, erörterte General a. D. **Klaus Naumann** zu Beginn seines Vortrages. Er plädierte dafür, dass die Europäer wieder stärker auf die Amerikaner zugehen, zugleich jedoch auch stimmiger interagieren sollten. Bei dem neuen Strategischen Konzept der NATO werde Russland eine wichtige Rolle spielen. Zwar begrüße er die Bündnispolitik der offenen Tür, habe jedoch auch Verständnis für die Vorbehalte Russlands gegenüber der Osterweiterung der NATO. Handelten Europäer und Amerikaner geschlossen und berücksichtigten dabei die Interessen und Empfindlichkeiten Russlands, dann könne dies einen Neuanfang für die Beziehungen von NATO und Russland bedeuten. Er fordere daher Russland und die Vereinigten Staaten auf, die Initiative bei der Beseitigung der zu 90 Prozent in ihrem Besitz befindlichen nuklearen Langstreckenwaffen zu ergreifen. In Hinblick auf Afghanistan empfahl er der NATO ein aktiveres Vorgehen bei der Formulierung einer Strategie. Zusätzlich Truppen dorthin zu entsenden reiche nicht aus. In den Wieder-

aufbau sollten auch moderate Taliban eingebunden werden. Zur Veränderung der weltweiten Sicherheitslage trügen auch Ressourcenknappheit, *Cyber War*, klimatisch verursachte Migration und eine Überalterung der Bevölkerung Europas bei. Diesen Veränderungen müsse das neue Strategische Konzept Rechnung tragen, indem es auch nicht-militärische Elemente und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen einbinde.

In der Diskussion wurde die Frage nach der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aufgeworfen, zu der General a. D. **Klaus Naumann** bemerkte, die Amerikaner nähmen diese mehr durch Worte als durch Handlungen unterlegte Institution nicht recht ernst, weshalb die Europäer ihre Fähigkeiten dort konzentrieren sollten, wo die Vereinigten Staaten Lücken hätten, nämlich bei den informationstechnischen Zukunftstechnologien. Aus dem Kreis der Ausschussmitglieder wurde die Überzeugung geäußert, dass die Vereinigten Staaten sich keine besseren als die NATO-Verbündeten wünschen könnten, teile man doch dieselben Werte. Dem stimmte General a. D. **Klaus Naumann** zu, ergänzte jedoch, dass die gemeinsamen Werte nicht ausreichten und auch die Ziele übereinstimmen müssten. Trotz seiner wirtschaftlichen Stärke könne sich Europa weltweit nur dann behaupten, wenn es mit einer Stimme spreche. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen könne man die EU mit ihrem wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Instrumentarium als der NATO überlegen betrachten, allerdings – so kritisierte General a. D. **Klaus Naumann** – investierten die Europäer in veraltete Strukturen. Zur Rolle der NATO in Afghanistan ermunterte er die NATO, eine eigene Strategie zu entwickeln und nicht auf die Vereinigten Staaten zu warten. Zum Bericht des Kommandeurs der internationalen Schutztruppe für Afghanistan (*International Security Assistance Force*, ISAF), Stanley McCrystal, bemerkte er, dass er keine Antwort dafür parat habe, wie die Defizite der afghanischen Regierung überwunden werden könnten. Ohne Strategiewandel laufe das Bündnis Gefahr, eine Regierung zu stützen, die das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung nicht genieße. Zur Frage eines Ausschussmitglieds, wie das Bündnis zu einer weltweiten Nuklearabrüstung beitragen könne, räumte General a. D. **Klaus Naumann** ein, solange Kernwaffen zur Abschreckung von nuklearen Angriffen eingesetzt würden, müssten Russland und die Vereinigten Staaten die ersten Schritte tun, damit andere Staaten vielleicht folgten. Von einem russischen Delegierten angesprochen, zeigte sich General a. D. **Klaus Naumann** überzeugt, dass Europas Zukunft von einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Europa, Russland und den Vereinigten Staaten abhängen. Allerdings hingen einige Politiker in Russland einem Denken des vergangenen Jahrhunderts an, als es noch um Einflusssphären gegangen sei. Der NATO sei es wichtig, dass jedes europäische Land souverän darüber entscheiden könne, welcher Organisation es beitrete. Ein Delegierter aus Georgien äußerte die Vermutung, dass Russland weniger die militärische Stärke der NATO als vielmehr ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss als herausfordernd empfinde. Diesem setze Russland sein Bemühen entgegen, die Abhängigkeit

Europas von russischem Gas und Öl zu erhöhen. General a. D. **Klaus Naumann** erklärte, es liege im Interesse Europas, seine Energieversorgung zu diversifizieren; ebenso liege es im Interesse Russlands, die Verbrauchermärkte in Europa zu beliefern.

VIII. Abstimmung über die Entschließungsentwürfe „Das Engagement in Pakistan“ und „Die Bekräftigung der Politik der offenen Tür der NATO“, beide vorgelegt von der Generalberichterstatterin **Raynell Andreychuk (Kanada)**

Beide Entschließungen wurden in geänderter Form von den Ausschussmitgliedern gebilligt.

IX. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt:

Im Vorsitz des Politischen Ausschusses bestätigt wurde Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), die Stellvertretung übernahmen die Abgeordneten **Wladyslaw Sidorowicz** (Polen) und **Dennis MacShane** (Vereinigtes Königreich). Zum Generalberichterstatter wurde der Abgeordnete **Audronius Azubalis** (Litauen) gewählt.

Wiedergewählt zum Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ wurde der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), seine Stellvertretung übernahm der Abgeordnete **Celestino Suarez** (Spanien).

In den Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wurden die Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) und der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) gewählt, zum Stellvertreter der Abgeordnete **Ali Riza Alaboyun** (Türkei).

X. Aktivitäten in den Jahren 2009 und 2010

Der Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), unterrichtete die Ausschussmitglieder über zwei geplante Reisen nach Aserbaidschan und Japan im Jahr 2010. Der Abgeordnete **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) informierte als Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über die im Jahr 2010 beabsichtigten Reisen nach Albanien und in die Vereinigten Staaten.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 14. November 2009, und am Sonntag, 15. November 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen erneut die Situation in Afghanistan und die ISAF-Mission. Weiterhin wurden Verteidigungsstrategien der NATO gegen Cyber-Angriffe und der territoriale Verteidigungs- und Abschre-

ckungsbedarf der NATO beraten sowie der Beitrag der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO diskutiert.

II. Aktivitäten im Jahr 2010

Der Ausschussvorsitzende, Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal), wies auf die geplanten Ausschuss- und Unterausschussaktivitäten für das Jahr 2010 hin, nämlich die Reisen in die Vereinigten Staaten im Januar, in die Republik Korea im Juni, in den arktischen Raum nach Dänemark, Grönland und Island im August, auf den Balkan im September und in die Türkei im Oktober. Ein Mitglied der britischen Delegation empfahl, die Balkanreise vorzugsweise nach Serbien, Kosovo und Bosnien und Herzegowina vorzunehmen, um der Lage in diesen Ländern Rechnung zu tragen.

III. Vortrag von General Sir Peter Wall, Commander-in-Chief, Land Forces, Vereinigtes Königreich, zum Thema „Afghanistan“

Zu Beginn seines Vortrags rief General **Sir Peter Wall** in Erinnerung, warum sich die NATO in Afghanistan engagiere: damit Al-Qaida dort kein Rückzugsgebiet habe, um die Störung des Aufbaus der Lokalverwaltungen durch die Taliban einzuschränken und um Bedingungen zu schaffen, die eine gute Regierungsführung und die Entwicklung des Landes ermöglichen. Die Präsenz der NATO in Afghanistan sei immer noch erforderlich, und der Einsatz bedürfe des Rückhalts und der Unterstützung in den nationalen Bevölkerungen. Es sei jedoch beispielsweise nicht gelungen, der britischen Bevölkerung die Gründe für den Einsatz erfolgreich zu vermitteln. Auch sei man an der Spitze der Kommandokette optimistischer als vor Ort in Kabul. Doch inzwischen habe man Fortschritte erzielt, so dass die bisherigen Opfer nicht umsonst gewesen seien, was die Koalitionspartner sicher genauso beurteilten. Die Taliban seien kreativ darin, sich veränderten Situationen anzupassen und eigene Opferzahlen gering zu halten, es würden jedoch mehr Sprengsätze als früher entdeckt. Das Paradigma „klären, halten, aufbauen“ sei mit den gegenwärtigen Ressourcen nicht mehr überall umzusetzen. Afghanische Militärs müssten stärker eingebunden werden, selbst aktiv werden und eine führende Rolle übernehmen. Nur wenn mit Akteuren zusammengearbeitet werde, die sich der afghanischen Regierung verpflichtet fühlten, könne der Einsatz erfolgreich sein. Weiterhin müsse ein Ansatz zum Tragen kommen, der sowohl Sicherheits- als auch Entwicklungselemente enthalte und Partnerschaften zwischen der ISAF, den Regionalen Wiederaufbauteams (*Provincial Reconstruction Teams, PRTs*) und den afghanischen Sicherheitskräften fördere. Die Konsequenzen des Scheiterns des Einsatzes wären ein Wiedererstarken von Al-Qaida und der Taliban, Bürgerkrieg und die potentielle Destabilisierung der gesamten Region.

In der anschließenden Diskussion führte General **Sir Peter Wall** auf die Frage des Abgeordneten **Leon Benoit** (Kanada), was man tun könne, um die eigenen Bevölke-

rungen von der Wichtigkeit des Einsatzes und von erreichten Fortschritten zu überzeugen, aus, dass es schwierig sei, für den Einsatz positive Öffentlichkeit zu schaffen. Vor allem hinsichtlich des Zeitrahmens müsse man möglichen Erwartungen sensibel begegnen. Neben militärischen Erfolgen müssten auch Erfolge im nicht-militärischen Bereich aufgezeigt und ein beständiger und korrekter Informationsfluss erzeugt werden. Notwendig seien kollektive Bemühungen und strategisches Kommunizieren. Er schlug außerdem vor, ausgewählte Vertreter der Taliban in den politischen Dialog einzubinden, da ein dauerhafter Erfolg ohne sie unwahrscheinlich sei. Unter Verweis darauf, dass die afghanische Regierung keine ausreichenden Steueraufkommen generiere und die afghanische Armee und die Polizei durch die Weltgemeinschaft finanziert werden müssten, erfragte Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland), wie man das der Öffentlichkeit vermitteln könne. Die Herausforderung liege in der Tat derzeit darin, so General **Sir Peter Wall**, Afghanistan weniger abhängig von der Weltgemeinschaft zu machen. Allerdings müsse man die Kosten des Wiederaufbaus den Folgen gegenüberstellen, die ein Rückschlag in der Sicherheitssituation Afghanistans für die Region haben würde. Die afghanischen Streitkräfte müssten motiviert werden, die Entwicklung ihres Landes zu unterstützen. Auf die Frage eines norwegischen Abgeordneten, ob die Bemühungen der NATO auch auf die Bereiche der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gerichtet seien, verwies General **Sir Peter Wall** darauf, dass eine Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich und Sicherheit ohne Entwicklung sinnlos sei. Eingehend auf die Frage des Abgeordneten **Tiny Kox** (Niederlande), ob es eine militärische Lösung für das Taliban-Problem gebe, führte er aus, dass keine militärische Lösung angestrebt werde, sondern eine militärische Präsenz, die den Wiederaufbau ermöglichen solle, wobei der Einfluss der Taliban in der afghanischen Gesellschaft zurückgehen müsse. Von einem spanischen Delegationsmitglied wurde darauf hingewiesen, dass laut Umfragen die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung für die ISAF stark zurückgehe; der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) gab zudem zu bedenken, dass die Zukunft Afghanistans weltweit immer pessimistischer bewertet werde. Ein afghanischer Delegierter reagierte darauf mit dem Hinweis, man müsse auch die Probleme im Nachbarland Pakistan in den Griff bekommen. Die Regierungsführung dort sei ein Problem, so General **Sir Peter Wall**, auch wenn sich die pakistanische Regierung um Fortschritte bemühe. Abgeordneter **Syed Nayyer Hussain Bokhari** (Pakistan) berichtete, dass die pakistanischen Streitkräfte bei der Bekämpfung der Taliban im Grenzgebiet zu Afghanistan sehr erfolgreich seien. Da aber die Taliban regelmäßig nach Afghanistan flüchteten, frage er sich, ob die ISAF nicht mehr Personal zur Sicherung der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan abstellen könne. Abgeordneter **Francesco Bosi** (Italien) erkundigte sich, wie die Taliban ihre Mitglieder rekrutierten und ob hierzu Zahlen vorlägen. General **Sir Peter Wall** antwortete, er könne Verluste und Potential der Taliban nicht beziffern. Wenn aber ihre Taktiken durch immer weniger Menschen unterstützt würden, dann stelle sich die Frage, wie lange die Taliban noch

durchhalten könnten. Der Abgeordnete **David Crausby** (Vereinigtes Königreich) bat um Hinweise, was Politiker tun könnten, um die NATO-Truppen so gut wie möglich zu unterstützen. Hierauf eingehend antwortete General **Sir Peter Wall**, dass die afghanischen Militär- und Polizeikräfte schnell aufgebaut und ausgebildet werden müssten. Die NATO sei sehr gut geeignet für die Ausbildung von Militär bei Einsätzen, allerdings habe es Qualitäts- und Quantitätsmängel bei der Ausrüstung gegeben. Ausrüstung und Truppenstärke müssten dem Gegner angepasst werden. Um zu vermeiden, dass die Ausgebildeten wegen geringer Bezahlung durch die Regierung zur Gegenseite überliefen, müsse ihre Bezahlung angemessen sein. In Hinblick auf die Demarkationslinie zwischen Afghanistan und Pakistan – die Durand-Linie – schlug er eine gemeinsame Ausbildung und Schulung von Streitkräften vor, um die Grenzregion besser sichern zu können. Die „Versiegelung“ einer derart langen Grenze sei nicht möglich, aber man könne durch den intensiveren Informationsaustausch über Bewegungen in der Grenzregion Grenzübertreitte schwieriger machen. Weitere Fragen an General **Sir Peter Wall** behandelten die Stimmung in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten angesichts der Zahl getöteter oder verwundeter Soldaten. Abgeordneter **Helge Adam Moeller** (Dänemark) berichtete, dass bisher 28 junge Männer aus seinem Land bei der Mission ums Leben gekommen seien. Aber in der dänischen Bevölkerung gebe es nach wie vor Rückhalt für den Einsatz, weil auch Erfolge im zivilen Bereich kommuniziert würden, zum Beispiel dass 2,5 Millionen afghanische Mädchen wieder jeden Tag zur Schule gehen könnten. General **Sir Peter Wall** bestätigte, die Folgen des Einsatzes für die betroffenen Soldaten könnten erst Jahre später auftreten. Mit diesem Problem müssten sich die Mitgliedstaaten auseinandersetzen. Ein russischer Delegierter meinte, dass man bereits vor 20 Jahren etwas gegen die Taliban hätte unternehmen müssen. Die Initiative, jetzt eine neue Strategie für Afghanistan zu erarbeiten, müsse unterstützt werden. Er bat um eine Einschätzung der Möglichkeiten der Eindämmung des Drogenhandels. General **Sir Peter Wall** rief in Erinnerung, dass Russland in Afghanistan viele Erfahrungen gemacht habe und um die Lösung von Problemen bemüht gewesen sei, die jedoch heute noch ungelöst seien. Die Frage nach dem Drogenschmuggel sei wichtig, da die Drogen hauptsächlich in Europa konsumiert würden. Finanzströme aus dem Drogenhandel würden zudem die Aufständischen unterstützen. Zur Bekämpfung sei ein integrierter Ansatz notwendig, der Sicherheit und den Kampf gegen den Drogenanbau verbinde. Den betroffenen Bauern müssten Alternativen aufgezeigt werden; außerdem seien eine gute Regierungsführung und die Entwicklung der afghanischen Wirtschaft wichtig.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan: Am Wendepunkt?“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter, Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich), ging auf die Afghanistan-Reise

von Versammlungsmitgliedern Ende September 2009 ein und verwies auf den entsprechenden Bericht. Hinsichtlich der Präsidentschaftswahl in Afghanistan, die am 18. September 2009 stattgefunden habe, äußerte er, dass sich das politische Klima verschlechtert habe, er jedoch weiterhin an einen erfolgreichen Abschluss des Einsatzes in Afghanistan glaube. Die Bevölkerung müsse ihr Schicksal aber zunehmend selbst in die Hand nehmen; die internationale Gemeinschaft solle die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Afghanistan-Mission stoße auf eine Reihe von Problemen: zunehmende Gewalt im Lande, für die nicht allein die Taliban verantwortlich zu machen seien, schwache Führung und ein hoher Korruptionsgrad in der Regierung, nicht adäquat trainierte und ausgerüstete afghanische Sicherheitskräfte, gefährdete Versorgungswege, neu aufkommende Drogenkartelle, Analphabetentum. Der Angriff auf Beamte der Vereinten Nationen (VN) habe zu deren Abzug geführt, für eine Weiterentwicklung müsse jedoch die Zahl der Zivilisten in Projekten erhöht werden. Die Öffentlichkeit der die Mission unterstützenden Länder werde dem Afghanistan-Einsatz gegenüber zunehmend kritischer. Der ISAF-Kommandeur Stanley McCrystal habe eine Strategie entwickelt, die in der zweiten Amtszeit des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai einen Katalog von Maßnahmen erforderlich mache. Notwendig sei die Bildung eines effizienten, vertrauenswürdigen Kabinetts; Afghanistan müsse zudem der internationalen Gemeinschaft deutlich machen, dass es ein verlässlicher Partner sei. Auch der Aufbau der nationalen Sicherheitskräfte durch die NATO müsse voll unterstützt werden. Schließlich müsse man darüber sprechen, was der ISAF-Einsatz für die Bündnispartner bedeute, allerdings auch über die Folgen eines möglichen Misserfolges der Mission, den es zu vermeiden gelte.

Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) kam in der sich anschließenden Diskussion auf die Afghanistan-Reise des US-Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, im Februar 2009 zu sprechen und erkundigte sich nach dem Ergebnis dieser Reise. **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) äußerte sich positiv im Hinblick auf den Ausgang der ISAF-Mission. Ein Abzug bzw. Rückzug würde Afghanistan in den Händen von Taliban und Al-Qaida zurücklassen, und die Lage wäre noch schlimmer als vor dem 11. September 2001. Die Sicherheit in Afghanistan sei vor allem für das Nachbarland Pakistan, das zudem ein Atomstaat sei, äußerst bedeutsam. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der Möglichkeit eines Vergleichs der Truppenaufstockung. Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** betonte, dass die wichtigste Herausforderung die Einrichtung einer funktionierenden Selbstverwaltung sei, damit die afghanischen Kräfte ihr Land selbst kontrollieren könnten. Was das Ergebnis der Holbrooke-Reise angehe, so habe dieser Sondergespräche in den Hauptstädten der Truppen stellenden Länder geplant. Der Abgeordnete **Raymond Knops** (Niederlande) berichtete über den Parlamentsbeschluss, die niederländischen Truppen nach vier Jahren aus dem Süden und nach zwei Jahren aus dem Norden Afghanistans abzuziehen.

Nur eine Minderheit sei dafür gewesen, nicht aus Afghanistan abzuziehen. Der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) vertrat die Auffassung, ein militärischer Ansatz könne nicht die Lösung des Problems sein, denn für jeden getöteten Taliban würden weitere rekrutiert. Die Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich) forderte die Verknüpfung der neuen Strategie mit einer Garantie für die Fortentwicklung der Region und fragte, welche Fortschritte es in befriedeten Gebieten gegeben habe. Sie erkundigte sich außerdem nach der ethnischen Zugehörigkeit neu rekrutierter Taliban. Die Abgeordnete **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) äußerte, sie teile die allgemeine Besorgnis, nicht aber den Optimismus. Die Taliban müssten verdrängt werden, sie frage sich aber, was bislang durch die afghanische Regierung erreicht worden sei. Die Wahlen jedenfalls hätten die Probleme nicht gelöst. Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** erinnerte an den Vorschlag zur Einrichtung eines Gremiums für den Dialog mit den Stammesgebieten, den er nach seiner Afghanistan-Reise vor zwei Jahren dem Präsidium unterbreitet habe. Dieser Vorschlag sei auch vom Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Afghanistan, Kai Eide, unterstützt worden. Der Generalberichterstatter habe stets für den Dialog mit den Taliban plädiert. Gespräche mit Drogenbaronen und Stammesfürsten, die auch erste Verbesserungen bewirkt hätten, hätten bereits stattgefunden. Während die Abgeordnete **Nicole Ameline** sich dafür aussprach, alle Personengruppen einzubinden, die bereit seien, am neuen System mitzuarbeiten, äußerte der Abgeordnete **Ramon Aleu** (Spanien), dass man in seinem Land inzwischen nicht mehr so optimistisch sei. Er stelle daher die Frage, welche Fortschritte es bei der Korruptionsbekämpfung und der Eingliederung der Taliban gegeben habe. Der Senator **Antonio Cabras** (Italien) gab zu bedenken, dass man bei einer Nichtaufstockung der Truppen in Afghanistan auch die Truppen komplett abziehen könne, da ausreichende Präsenz notwendig sei, um etwas zu erreichen. Von einem australischen Abgeordneten wurde erläutert, dass seiner Ansicht nach nicht die Geografie Afghanistans der entscheidende Faktor sei, sondern die Demokratisierung und das, was man tun könne, um diese voranzutreiben. Der Abgeordnete **Juha Korkeaoja** (Finnland) verwies darauf, dass Finnland Truppen im Norden Afghanistans stationiert habe, wo die Lage lange stabil und ruhig gewesen sei, sich aber nun verschlechtert habe. Eine regions- und situationsspezifisch ausdifferenzierte Politik sei vonnöten. Der Abgeordnete **Syed Nayyer Hussain Bokhari** (Pakistan) betonte, dass sein Land vor vielen Problemen stehe. Die im Norden erfolgreiche Armee verliere bei dem Einsatz im Süden viele Soldaten durch Selbstmordattentate. Der Abgeordnete fragte, was noch alles von Pakistan verlangt werde. Abschließend verwies der Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** auf das inzwischen gut funktionierende Zentrum für Nachrichtendienste in Kabul. Er betonte, dass mehr Ausbilder und Mentoren für Armee und Polizei benötigt würden, damit die afghanischen Kräfte selbst die volle Kontrolle über ihr Land übernehmen könnten. Das Ziel sei die „Afghanisierung“ statt eine „NATO-isierung“ oder „Amerikanisierung“, die Dämonisierung des Islam müsse

beendet werden, um den Taliban weniger junge Leute in die Arme zu treiben.

Der Generalbericht wurde ohne Änderungen angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die NATO und die Cyber-Verteidigung“, vorgelegt von dem Berichterstatter Sverre Myrli (Norwegen)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen), leitete die Vorstellung des Berichtsentwurfs mit einem NATO-Film zu den Auswirkungen der *Cyber*-Angriffe auf Estland im Jahr 2007 ein. Er unterstrich die Risiken, denen die NATO und ihre Partnerländer durch *Cyber*-Angriffe ausgesetzt seien. Diese reichten vom Verteilen elektronischer Propaganda bis hin zur Unterbrechung der Bankennetzwerke. Es sei die Pflicht der Parlamentarier, sich über das Thema umfassend zu informieren, weshalb er für die Erstellung des Berichts Norwegens *Computer Emergency Response Team* besucht habe. Da *Cyber*-Angreifer ihre Identität leicht verbergen könnten, stelle sich die Frage, wie mit Regierungen umzugehen sei, die informelle Gruppen im *Cyberspace* für die Verfolgung aggressiver politischer Ziele nutzten. Problematisch seien vor allem fehlende nationale und internationale Gesetzgebung und die Schwierigkeit der Strafverfolgung. Der Berichterstatter informierte die Ausschussmitglieder über die Behandlung der Thematik vom NATO-*Cyber Defence Programme* im Jahr 2002 bis zur *Policy on Cyber Defence* im Januar 2008 und forderte die nationalen Parlamente auf, bei der Förderung von Verteidigungsfähigkeiten gegenüber *Cyber*-Angriffen eine aktivere Rolle zu übernehmen. Er empfahl zudem die Ratifizierung des Europarat-Übereinkommens über Computerkriminalität und die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen den nationalen Behörden der NATO-Mitgliedsländer und der NATO-*Cyber Defence Management Authority*.

VI. Vortrag von Dr. Rex Hughes, Direktor des Projekts Cyber-Sicherheit, Chatham House, Vereinigtes Königreich, zum Thema „Die NATO im Cyberspace: schleichende Aufgabenausweitung oder strategisches Erfordernis?“

Seinen Vortrag eröffnete **Dr. Rex Hughes** mit dem an die Parlamentarier gerichteten Apell zu mehr Engagement im Bereich *Cyber Defence*, da dieser Bereich ein kritischer Punkt für die Zukunft der NATO und der globalen Informationsgesellschaft sei. Obwohl er den rasanten Fortschritt der NATO auf dem „fünften Schlachtfeld“ (neben Land, Luft, See und Weltraum) anerkenne, glaube er nicht, dass die NATO über ein *Cyber Defence System* verfüge, das in der Lage sei, Angreifer abzuschrecken oder *Cyber*-Angriffe abzuwehren. Er spreche sich daher für die Schaffung einer neuen umfassenden *Cyber*-Sicherheitsstrategie für die NATO aus, die in das neue Strategische

Konzept der NATO aufgenommen werden solle. Eine solche Strategie solle auch ansprechen, welche Mittel durch die Mitgliedsländer im Falle eines *Cyber*-Angriffs bereit gestellt werden sollten, wie sie einzusetzen seien und welche Werte die Allianz im *Cyberspace* schützen wolle. Notwendig sei außerdem eine die Strategie begleitende neue NATO-Kommandostruktur – eine NATO-*CYBERCOM* unter Leitung eines erfahrenen Experten –, da seiner Ansicht nach keine der bestehenden NATO-Einrichtungen in der Lage sei, einen *Cyber*-Angriff größerer Dimension auf ein oder mehrere Mitgliedsländer abzuwehren. Weitere Vorschläge betrafen die Ausweitung der NATO-Partnerschaften mit den Asien-Pazifik-Staaten sowie mit internationalen Organisationen und großen IT-Unternehmen des privaten Sektors. Mit diplomatischen Mitteln müsse zudem das Entstehen einer globalen, die demokratischen Werte der NATO reflektierenden *Cyber*-Ordnung mitgestaltet werden, bevor ein großer Konflikt auf dem „fünften Schlachtfeld“ Wirklichkeit werde. Er empfahl zudem sowohl der Allianz als auch ihren Mitgliedsländern die Verwendung eines neuen Programms für digitale Investitionen und Innovationen sowie fortgesetzte Bemühungen um Teilhabe an der „digitalen Generation“. Der *Cyberspace* könne den internationalen Transport von Werten erleichtern, was sich die NATO zu Nutzen machen solle.

In der folgenden Diskussion erkundigte sich der Abgeordnete **Ophir Pines-Paz** (Israel), ob die NATO über *Cyber*-Fähigkeiten verfüge. Ein Abgeordneter aus Aserbaidschan fragte nach Möglichkeiten für Nicht-NATO-Mitglieder, mit der NATO im Bereich der *Cyber*-Verteidigung zusammenzuarbeiten. **Dr. Rex Hughes** erläuterte, dass ein neues *Cyber*-Kommando der NATO offensive Fähigkeiten eröffnen würde wie dies zum Beispiel bei *U.S. Cyber Command (CYBERCOM)* und dem britischen *Government Communication Headquarters (GCHQ)* der Fall sei. Auch die Asien-Pazifik-Region und Russland hätten im Bereich der globalen *Cyber*-Sicherheit viel zu bieten. Ein Abgeordneter aus Island bat um Auskunft, welche internationalen Organisationen für *Cyber*-Sicherheit verantwortlich seien. Ein Abgeordneter aus Italien warf zudem die Frage auf, ob Artikel 4 des Nordatlantikvertrages ausreichend sei, um mit *Cyber*-Angriffen umzugehen. Berichterstatter **Sverre Myrli** verwies auf den Rahmen, den der Europarat für die Gesetzgebung zur Bekämpfung von *Cyber*-Angriffen biete. Er stellte fest, dass das neue Strategische Konzept der NATO eine gute Möglichkeit für die Weiterentwicklung dieser Frage sei. Ein russischer Abgeordneter wies auf die fortgesetzte Kooperationsbereitschaft seines Landes mit der internationalen Gemeinschaft im Bereich *Cyber*-Verteidigung hin. Der Berichterstatter **Sverre Myrli** drückte die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes aus, der sowohl NATO-Mitglieder als auch Partner einschließe. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) fragte nach Analogien zwischen Energie- und *Cyber*-Angriffen, ob es technologisch möglich sei Akteure zu lokalisieren und ob eine Tendenz zur Politik der gegenseitigen Abschreckung bei der *Cyber*-Verteidigung bestehe. **Dr. Rex Hughes** erinnerte daran, dass die *Cyber Forensic* zum gegenwärtigen Zeit-

punkt nicht ausreichend sei und innerhalb der EU die nationalen Gesetzgebungen die Lokalisierung von Angriffen einschränkten. Die internationale Rechtslage müsse daher verbessert werden. Auf die Frage eines norwegischen Abgeordneten, ob die multinationale Herkunft von Hardware in digitalen Geräten Angriffspunkte biete, antwortete **Dr. Rex Hughes**, dass konstruktionsbedingte Fehler mit Sicherheit ein wichtiger Punkt seien. Die NATO müsse die *Cyber*-Kriegsführung kontrollieren, wenn diese ein operationeller Teil moderner Konflikte werde. Chatham House biete hierfür seine Unterstützung an.

Der Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die NATO und die *Cyber*-Verteidigung“ wurde angenommen.

VII. Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit zum Thema „Piraterie und maritime Sicherheit“ mit Vorträgen von Vizeadmiral Hans-Joachim Witthauer, stellvertretender Kommandeur des *Allied Maritime Component Command*, Northwood, Vereinigtes Königreich, und Konteradmiral Peter Hudson, Kommandeur des *Maritime Force and Operation Command EU Naval Force*, Atalanta

Siehe hierzu Punkt VII. der Unterrichtung über die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS).

VIII. Diskussion und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Das dauerhafte Engagement der NATO in Afghanistan“, vorgelegt von Generalberichterstatte Abgeordneter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Die Entschließung wurde mit Änderungen, darunter ein von dem Abgeordneten **Robert Hochbaum** (Deutschland) eingebrachter Änderungsantrag, der den von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem NATO-Gipfeltreffen in Straßburg/Kehl im April 2009 überarbeiteten strategischen militärpolitischen Plan als deutliche Richtungsangabe und Fahrplan für den Erfolg in Afghanistan herausstellt, einstimmig angenommen.

IX. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Der territoriale Verteidigungs- und Abschreckungsbedarf der NATO“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ragnheidur E. Árnadóttir (Island)

Die Berichterstatterin, Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island), stellte den aktualisierten Berichtsentwurf zu gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die NATO vor. Der Bericht berühre zwei der

für die NATO wichtigsten Fragen, nämlich die nach dem Ziel der Allianz und die nach den zur effektiven Verwirklichung dieses Ziels notwendigen Maßnahmen. Außerdem werde im Bericht die Frage behandelt, wie vorbereitet die Allianz sei, ihrer fundamentalen Verpflichtung bei der kollektiven Verteidigung nachzukommen. Ein Mangel an Vertrauen in die Fähigkeit der NATO, das Territorium der Allianz gemeinsam zu verteidigen, sei unbegründet; ein Unterschied zwischen Eingreiftruppen und Verteidigungstruppen bestehe nicht. Sicherheitsbedrohungen hätten ihren Ursprung heute jedoch häufiger außerhalb der NATO-Grenzen. Um in den Mitgliedsländern nicht die Unterstützung der Öffentlichkeit zu verlieren, sei es wichtig, den Beitrag der NATO in den Mitgliedstaaten sichtbar zu machen, zum Beispiel durch die Entwicklung von Infrastruktur oder durch auf nationalen Verteidigungsszenarios basierende militärische Übungen. Der Vorschlag der Berichterstatterin für die Ergänzung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zielen auf eine koordinierte und effektive *Public Diplomacy Strategy* der NATO ab. Darüber hinaus zeigten sich die Mitgliedstaaten zufrieden mit der als Reaktion auf Bedenken hinsichtlich der territorialen Verteidigungsfähigkeit initiierten Weiterentwicklung der *NATO Response Force*.

In der sich anschließenden Diskussion bekräftigten die Delegierten die andauernde Relevanz von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages und der *NATO Response Force*. Von einem Delegierten aus den Vereinigten Staaten wurde gefordert, neue Wege zu suchen, um die Bedenken kleinerer NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Garantie ihrer Sicherheit durch die NATO zu zerstreuen. Zudem müsse das Bündnis auf externe Bedrohungen reagieren können. Der Abgeordnete **Visvaldis Lacis** (Lettland) berichtete, dass es in seinem Land Ängste im Hinblick auf die Außenpolitik der Russischen Föderation gebe und man sich frage, wie Artikel 5 des Nordatlantikvertrages im Falle eines Angriffs umgesetzt werden würde. **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) ging auf die instabile Situation auf dem Balkan ein und gab zu bedenken, dass erneute Konflikte dort nicht auszuschließen seien. Selbst in Bosnien und Herzegowina habe sich die politische Situation verschlechtert. Da NATO und EU auf die gleichen nationalen militärischen Einheiten zurückgriffen, müssten Ressourcen flexibel einsetzbar sein. Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** erörterte, dass die NATO-Mitglieder das Gefühl hätten, unter dem NATO-Schirm sicher zu sein, im Hinblick auf den Balkan bzw. den Kaukasus sei vor allem der Aufbau von Vertrauen notwendig.

Der Bericht wurde angenommen.

X. Diskussion über den Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland), Vizepräsident der NATO PV, informierte den Ausschuss über den aktuellen Stand bei der Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts der NATO. Gegenwärtig fänden Gespräche im Rahmen einer Expertengruppe der NATO statt, die

Grundlagen des neuen Strategischen Konzepts erarbeiten solle. Der Ständige Ausschuss der NATO PV wolle Ende März 2010 den Textbeitrag der Versammlung verabschieden, der im Mai 2010 an den NATO-Generalsekretär übergeben werden solle. Bis dahin seien noch Änderungsvorschläge möglich; im November 2010 solle das neue Strategische Konzept auf dem NATO-Gipfel in Lissabon verabschiedet werden. Die kollektive Verteidigung werde weiterhin ein Eckstein der Allianz bleiben, doch müssten neue Bedrohungen und Herausforderungen berücksichtigt werden. Der jetzige Entwurf beinhalte unter anderem die Vorhaltung ausreichender Kapazitäten für Einsätze, den Abschluss von neuen Partnerschaften mit anderen Staaten, die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit mit Ländern, die nicht Partner werden wollten, die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die gewachsene Bedeutung der Allianz als zentrales Forum für transatlantische Diskussionen über Sicherheitsfragen und nicht zuletzt auch die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der NATO.

Von einem niederländischen Abgeordneten wurde in der anschließenden Diskussion vorgeschlagen, auch Nicht-NATO-Länder, die sich an Einsätzen beteiligten, in die Diskussion um das neue Strategische Konzept einzubeziehen. Zudem forderte der Abgeordnete **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) eine Fortsetzung der Diskussion über die Raketenabwehr. Der Abgeordnete **Sven Mikser** erklärte, die Empfehlungen der Versammlung würden in das neue Strategische Konzept eingespeist werden. Alle Parlamente seien aufgefordert, mit den Mitgliedern der NATO-Expertengruppe zu diskutieren, wenn diese in die Hauptstädte kämen. Der Senator **Antonio Cabras** (Italien) stellte die Frage nach Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes, die sich nicht direkt aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ableiten ließen, und sprach die Verteidigungskapazitäten der Mitgliedsländer, die Lastenteilung sowie den Schutz von Energieinfrastruktur an. Der Abgeordnete **Sven Mikser** berichtete, dass die Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit sich für mehr Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten ausgesprochen hätten, da eine ungerechte Lastenteilung schädlich für Image und Akzeptanz der NATO sei. Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) betonte, die Solidarität des Bündnisses müsse als Kernbestand im Konzept verankert werden. Da die NATO kein geschlossener geographischer Raum sei, gehörten neue Kooperationen und Partnerschaften mit in das neue Konzept, das eine Balance zwischen kollektiven Verteidigungsaktivitäten, die auf die Grenzen der NATO-Mitgliedsländer beschränkt seien, und einer globalen Rolle für die NATO schaffen müsse. Auch die neu aufkommenden globalen Bedrohungen müssten Eingang in das neue Strategische Konzept finden.

XI. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Weiterhin wurden per Akklamation neu gewählt: Abgeordneter **Ramon Aleu** (Spanien) und Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) zu

stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ (DSC/TC); Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen) zum Vorsitzenden, Senator **Giovanni Torri** (Italien) und Abgeordneter **Jose Pacheco Pereira** (Portugal) zu stellvertretenden Vorsitzenden und Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande) zum Berichterstatter des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ (DSC/FC); die Abgeordnete **Angelien Eijssink** (Niederlande) zum stellvertretenden Mitglied im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat (UNIC).

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, 15. November 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, die Verteidigungshaushalte sowie die transatlantische Energiesicherheit.

II. Vortrag von Dr. James Sumberg, Research Fellow, Institute of Development Studies, Universität von Sussex, Brighton, zum Thema „Lebensmittelpreisschocks und die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika“

Dr. James Sumberg erläuterte eingangs, schon vor der Krise hätten weltweit 800 Millionen Menschen an Hunger gelitten. Inzwischen sei die Zahl auf knapp 900 Millionen angestiegen, 150 Millionen davon lebten in Subsahara-Afrika. Die moralische Komponente der hier chronisch herrschenden Unterversorgung werde häufig vergessen. Er problematisierte die weltweit geschützten Landwirtschaftsmärkte, die den Preis und den Wettbewerb verzerrten. Zusätzlich könnte durch die Spirale der abnehmenden Produktivität in vielen Ländern keine Selbstversorgung mehr gewährleistet werden. Dr. James Sumberg wies auf die ideologischen und politischen Unterschiede, selbst innerhalb dieser Länder, hin und begründete damit die Notwendigkeit einer unterschiedlichen Zielsetzung. Heterogenität könne Probleme verstärken oder Teil der Lösung sein. Man müsse die Pluralität ins Verhältnis zur Heterogenität setzen und einen kontextbezogenen Ansatz wählen. Es gäbe keine Lösung, die für alle Länder gleich gut passe. Er warb für eine Entwicklungsstrategie des ländlichen Raums und sprach von der wichtigen Rolle der Verantwortlichen vor Ort. In der Diskussion verneinte **Dr. James Sumberg** einen Zusammenhang zwischen Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes und seiner Produktivität. **Kurt Bodewig** (Deutschland) erkundigte sich nach der Biotreibstoffproduktion in der Region sowie der Wasser- und Energieversorgung. Er thematisierte eine andere Nutzung der Fläche, zum Beispiel zur Gewinnung von Solarenergie. **Dr. James Sumberg** antwortete, es gebe erste Ansätze für die Produktion von Biotreibstoffen. Wasser sei aller-

dings allgemein sehr knapp und die Landwirtschaft konkurrenz hier oft mit der Industrie.

III. Vortrag von Dr. Adrian Kendry, *Senior Defence Economist, Political Affairs and Security Policy Division, NATO*, zum Thema „Die Verteidigungshaushalte der Alliierten im Lichte der globalen Wirtschaftskrise“

Dr. Adrian Kendry erklärte, die Weltwirtschaftskrise werde mittelfristig einen deutlich negativen Einfluss auf die Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten haben, von denen viele bereits vorher unter dem Ziel von zwei Prozent des BIP waren. Hinzu komme seit einiger Zeit eine sinkende Rentabilität aufgrund der zunehmenden Berücksichtigung der nationalen Industrien. Während Europa rund 60 Prozent des US-Verteidigungsetats ausbebe, würden aufgrund der Zersplitterung der europäischen Verteidigungsmärkte nur 20 Prozent Wirksamkeit erreicht. Er hob ergänzend hervor, die Ausgaben in den Vereinigten Staaten für Forschung und Entwicklung seien mehr als fünfmal so hoch wie in Europa. Ein optimaler Verteidigungshaushalt würde 50 Prozent für Humanressourcen, 30 Prozent für Ausrüstung und Wartung sowie 20 Prozent für Forschung und Entwicklung vorsehen. Dr. Adrian Kendry sah als Herausforderung für die europäischen NATO-Mitglieder an, mehr Zweckmäßigkeit und Effektivität im vergleichsweise großen Personalkörper zu erreichen. Die Vereinigten Staaten sollten versuchen, ihre Ausgaben in den Bereichen Ausrüstungsersatz und Beschaffung von neuen Systemen in ein Gleichgewicht zu bringen. Aufgrund der dargestellten Entwicklung warb Dr. Adrian Kendry für mehr gemeinsame Finanzierung, eine bessere internationale Koordination, verstärkte multilaterale Programme und mehr Zusammenarbeit beim Technologietransfer. Neue Partnerschaften (zum Beispiel mit Japan in Afghanistan) könnten Beiträge zu mehr Stabilität und Sicherheit liefern.

IV. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Energieproduktion in Zentralasien: Potenzielle Beiträge zur transatlantischen Energiesicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Der Berichterstatter, Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn), erklärte, die jüngste Krise habe gezeigt, dass ein wachsender Druck auf Europa entstehe, den Kreis seiner Energielieferanten zu diversifizieren, die eigenen Energietransportsysteme zu stärken, zu flexibilisieren und zu erweitern sowie weitere Fortschritte bei der Senkung der Energienachfrage durch Erhöhung der Energieeffizienz zu erzielen. Russland habe zur weiteren Versorgung Europas mehrere Pipeline-Projekte (Nord-Stream und Süd-Stream) entwickelt, auch um der Nabucco-Pipeline zuvorzukommen, deren Bau den Einfluss Russlands auf dem Gasmarkt verringern würde. Der Bau der Nabucco-Pipeline sei jedoch sinnvoll und könnte die Energieversorgungsbasis für Europa verbreitern und liefernden Ländern wie dem Irak bei der Erschließung wichtiger Märkte

im Westen helfen. Wie auch bei der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline gelte, dass die Energieversorgung nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten sei. Die Nutzung von Gas und Öl aus Zentralasien werde letztlich aber kein Allheilmittel für Europas Energieprobleme sein. Die Schaffung eines gemeinsamen wettbewerbsfähigen Gasmarktes in Europa würde noch größere Vorteile bieten. Angesichts der entstehenden Herausforderungen habe die NATO selbst begonnen, ihre sicherheitspolitische Haltung zu überdenken. Die Energiesicherheit sei eine der größten Herausforderungen, aber die genaue Rolle der NATO in diesem Bereich müsse noch festgelegt werden. Ein Vertreter Russlands erklärte, die Süd-Stream-Pipeline werde 2011 fertig gestellt. Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen.

V. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“, Kurt Bodewig (Deutschland), erklärte, im nächsten Jahr seien Besuche in Bulgarien und Prag zum Thema „Auswirkungen der Finanzkrise auf Zentral- und Osteuropa“ geplant. Da er nicht wieder für den Deutschen Bundestag kandidiert habe, verabschiedete er sich aus dem Ausschuss. Er dankte allen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

VI. Diskussion über den Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Der Sonderberichterstatter und Vizepräsident der NATO PV, der Abgeordnete Sven Mikser (Estland), erläuterte kurz die wesentlichen Änderungen im Entwurf seit der letzten Sitzung und erklärte, die Versammlung wolle dem Generalsekretär der NATO im März 2010 ihre Überlegungen zukommen lassen. Es wurden ein allgemeines Statement zur gemeinsamen Lastenteilung und die Abgrenzung der Kompetenz der NATO zu anderen Organisationen diskutiert. Hinterfragt wurde, ob der Nordatlantikvertrag im Lichte der neuen Bedrohungen nicht insgesamt angepasst werden müsse. Abschließend gab man dem Wunsch Ausdruck, dass die Versammlung grundsätzlich über wichtige strategische Änderungen der NATO informiert werden solle, um die Mitwirkungsrechte der Parlamentarier zu wahren.

VII. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Nahrungsmittelpreisschocks und ihre Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Petras Austrevicius (Litauen)

Der Berichterstatter, Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen), erklärte eingangs, trotz der wirtschaftlichen Krise seien die Nahrungsmittelpreise hoch geblieben, während Engpässe bei der Kreditvergabe die Möglichkeit der Produktivitätssteigerung für Bauern in den Entwicklungsländern eingeschränkt hätten. Da die Biokraftstoff-Politik die Agrarpreise immer weiter nach oben treibe, müssten die Subventionen für diesen Sektor neu bewertet

und entsprechend gewichtet werden. Außerordentlich hohe Subventionen zur Erzeugung von Biokraftstoffen, die letztendlich einen geringen Umweltutzen hätten, sollten aufgegeben werden. Es sollten mehr Ressourcen für die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation verwendet werden, die nicht mit Nahrungsmitteln um Land und Wasser konkurrierten. Er führte weiter aus, ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde sowie neue Initiativen zur Liberalisierung des Handels mit Nahrungsmitteln seien notwendig und würden zu einer Verbesserung der Ernährungssicherheit beitragen. Auch müsse weiterhin Druck auf kriegführende Parteien in einer Reihe von Konflikten ausgeübt werden, die nach wie vor das Aushungern von Zivilisten als eine Methode der Kriegsführung anwendeten. Abschließend erklärte der Berichterstatter, die wichtige Rolle der NATO müsse die Aufrechterhaltung der humanitären bzw. Nahrungsmittelkorridore sein, so wie dies bereits vor der somalischen Küste und an anderen Orten geschehe. Organisationen wie das Welternährungsprogramm könnten keine lebensrettenden Notfallmaßnahmen ohne geschützte Versorgungswege einleiten. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen seien an dieser Stelle besonders gravierend. Daher müsse die NATO im Rahmen der Überprüfung ihres Strategiekonzepts umfassend untersuchen, wie sie sich diesem Aspekt der Ernährungssicherheit annähern wolle. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VIII. Beratung des Informationsdokuments „Die weltweite Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Verteidigungshaushalte“, vorgelegt von dem Ausschussvorsitzenden Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Der Vorsitzende nahm Bezug auf einen Wunsch des Ausschusses, eine Zusammenstellung der geplanten Verteidigungsausgaben in den NATO-Ländern in den nächsten Jahren zu erhalten. Es sei interessant zu sehen, wie Kürzungen gesteuert werden sollten und inwieweit sie sich auf die zukünftigen Verpflichtungen bei NATO-Missionen auswirken würden. Das Dokument enthalte keine detaillierte Aufschlüsselung über die Ausgaben in den verschiedenen Verteidigungshaushalten, sondern einen Überblick über die allgemeinen haushaltspolitischen Tendenzen und Verschiebungen der jüngsten Vergangenheit, über die die 28 NATO-Mitgliedsländer als Folge der weltweiten Finanzkrise nachdächten. Die Länderprofile stellten folglich nur einen vereinfachten Ausschnitt höchst komplexer Gegebenheiten dar und sollten lediglich auf verschiedene wichtige Faktoren hinweisen, die für diese Gegebenheiten verantwortlich seien.

IX. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die globale Finanz- und Handelskrise: Auswirkungen auf die transatlantische Völkergemeinschaft“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Was als Finanzkrise begann und zu einer generellen Wirtschaftskrise wurde, sei mittlerweile auch eine Beschäfti-

gungs- und Sozialkrise, begann Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande). Die internationale Gemeinschaft stehe einer Reihe von finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen gegenüber. Es seien Strategien und Mittel erforderlich, um mit der globalen Finanzkrise, dem weltweiten Nahrungsmittelengpass, der fast ständigen Energieknappheit, der raschen Erderwärmung und einer Reihe von Sicherheitsrisiken umzugehen. Aber allein schon die Prioritätensetzung sei in dem heutigen Umfeld keine leichte Aufgabe. Der Generalberichterstatter führte aus, gerade für die zunehmend von der Wirtschaftskrise gebeutelten Entwicklungsländer müssten stimmige Strategien erarbeitet werden. Wenn Staaten durch die Krise zu zerbrechen drohten, zöge das beunruhigende globale Probleme nach sich. Ein Versagen in diesem Bereich wäre nicht nur eine moralische Katastrophe, sondern auch ein schwer wiegendes Sicherheitsproblem. Er erinnerte an die notwendige Umsetzung einer Regulierungsreform im Bankensektor und die Veränderung des Vergütungssystems vieler Finanzunternehmen, damit keine übermäßigen Risiken mehr eingegangen würden. Abschließend erklärte der Berichterstatter, ein offener Handel könne der Welt aus dieser Krise heraushelfen, Protektionismus werde sie dagegen vertiefen. In diesem Sinne müssten die Staaten des Westens zu Konzessionen bereit sein, um die Doha-Runde voran zu bringen. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

X. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Simon van Driel (Niederlande)

Der Generalberichterstatter erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Die Entschließung wurde nach kurzer Debatte und einigen Änderungen einstimmig angenommen.

XI. Personalien

Der Ausschuss wählte den Abgeordneten **Petras Austrevizius** (Litauen) zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ und den Abgeordneten **Kresimir Cosic** (Kroatien) zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zum Berichterstatter des Ausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurde der Abgeordnete **Jeppe Kofod** (Dänemark) gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation bestätigt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 14. und 15. November 2009 unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Piraterie vor Somalia, Sicherheitsherausforderungen und Kooperationsmechanismen in Zentralasien, die innenpolitische

Situation in der Republik Moldau sowie die Themen Notfallmanagement in Großbritannien und Integration Georgiens in das westliche Bündnis. Auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit befassten sich die Ausschussmitglieder mit dem Thema Piraterie und maritime Sicherheit.

II. Vortrag von Bruce Mann, Leiter des *Civil Contingencies Secretariat* im *Cabinet Office* der britischen Regierung, zum Thema „Notfallplanung in Großbritannien nach den Terrorangriffen in London im Juli 2005“

Bruce Mann erläuterte, dass die britische Regierung im März 2008 die *National Security Strategy* (NSS) veröffentlicht habe, die im Wesentlichen das Ergebnis der seit 2001 unternommenen Reformanstrengungen vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten sowie im Juli 2005 in London darstelle. Die NSS behandle ein breites Spektrum an Risiken und Gefahren für die nationale Sicherheit und formuliere die Antwort der Regierung auf diese Herausforderungen. Dieser strategische Ansatz beziehe neben unmittelbaren Risiken und Bedrohungen auch Fragen der internationalen Sicherheit mit ein. Als unmittelbare Risiken und Bedrohungen würden Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Pandemien sowie die transnationale organisierte Kriminalität betrachtet. Klimawandel, Wettbewerb um Energiequellen, Armut, verantwortungslose Regierungsführung, demografische Entwicklung und Globalisierung zählten zu den globalen Unsicherheitsfaktoren. Als Planungsgrundlage für Mittel und Maßnahmen des nationalen Risiko- und Krisenmanagements auf operativer Ebene sei im Rahmen des *Resilience*-Konzeptes, dessen Ziel die Stärkung der Widerstandsfähigkeit im Fall eines terroristischen Angriffs auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene unter Einbeziehung aller sicherheitsrelevanten Akteure sei, auch das bislang geheime Nationale Risikoregister (NRR) veröffentlicht worden, das einen Überblick über mögliche Notfälle und Katastrophen gebe, die das britische Territorium oder wichtige Teile davon in empfindlicher Weise treffen und beeinträchtigen könnten. Die NSS nenne wichtige Gefahren, die die innere Sicherheit Großbritanniens tangieren und gesellschaftliche Abläufe stören könnten, und unterbreite den vor Ort Verantwortlichen konkrete Handlungsvorschläge. Die Zuständigkeit für das Risiko- und Krisenmanagement im Katastrophenfall liege also auf lokaler Ebene; die Koordination auf nationaler Ebene erfolge durch die im Rahmen des *Lead Government Department (LGD) System* festgelegten Verantwortlichen, bei terroristischen Anschlägen im Inland zum Beispiel das Innenministerium. Ungeachtet der dezentralen Organisation liege die letzte Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung und die Gewährleistung der Sicherheit bei der Regierung.

In der anschließenden Diskussion äußerte der Abgeordnete **Jan Hendrik Ormel** (Niederlande), dass er den lokalen Ansatz der Notfallplanung für falsch halte. Die Schwere von Notfällen werde von Bürgern und Behörden

häufig unterschiedlich eingeschätzt. Er fragte, wie das System die Weitergabe korrekter Informationen garantiere und welche Rolle die Medien dabei einnähmen. **Lord Jopling** (Vereintes Königreich) wies darauf hin, dass die Strategie neben den Elementen Analyse, Bewertung, Verhütung, Vorbereitung, angemessene Antwort und Wiederherstellung auch das neue Element Identifikation von Notfallsituationen enthalte. Der Abgeordnete **Michael Clapham** (Vereintes Königreich) wies auf die Erfahrung der NATO beim Schutz gefährdeter Infrastruktureinrichtungen hin und wollte wissen, ob es auf internationaler Ebene Zusammenarbeit gebe, da zum Beispiel bei einem Angriff auf ein Kernkraftwerk mehrere Länder betroffen sein könnten. Die Abgeordnete **Kadri Simson** (Estland) wollte wissen, was die Strategie bei Angriffen auf das Datennetz vorsehe. **Bruce Mann** antwortete, dass die Notfallplanung auch multilaterale Vereinbarungen enthalte und es auf diesem Gebiet eine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der NATO und der Europäischen Union (EU) gebe. Die Notfallplanung beziehe auch die Medien mit ein. Journalisten aus Presse und Rundfunk, die die Bürger zeitnah und umfassend informieren sollten, nähmen an Schulungen und Übungen teil. Die Veröffentlichung des nationalen Risikoregisters zeige dem Bürger, welche Gefahren entstehen könnten und welche Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr bestünden. Zu den Abwehrstrategien im Datennetz wolle er sich nicht öffentlich äußern.

III. Vortrag des stellvertretenden georgischen Premierministers und Staatsministers für Europäische und Atlantische Integration, Giorgi Baramidze

Der stellvertretende georgische Premierminister und Staatsminister für Europäische und Atlantische Integration, **Giorgi Baramidze**, stellte fest, dass die russischen Truppen nach wie vor ein Drittel des georgischen Staatsgebietes besetzt hielten und damit die georgische Integrität weiterhin verletzt werde. Die Russische Föderation halte sich nicht an den Sechs-Punkte-Plan der EU, der einen Rückzug der russischen Truppen vorsehe, sondern richte sogar zusätzliche Militärstützpunkte ein und führe „ethnische Säuberungen“ durch. Trotz der Waffenstillstandsvereinbarung habe es bewaffnete Zwischenfälle gegeben; große Probleme bereiteten Heckenschützen und gezielte Plünderungen. In der Region um Gali würden den dort lebenden Menschen durch die russischen Besatzer die Menschenrechte verweigert. Um den Frieden und die Stabilität vor Ort zu sichern, seien zusätzliche Sicherungsmaßnahmen unumgänglich. Er versichere, dass Georgien in seinen Demokratisierungsbemühungen vorankomme und sich damit auch einer Mitgliedschaft in der NATO nähere.

Der Abgeordnete **Alexander Savenkow** (Russische Föderation) vertrat die Ansicht, dass die eben geäußerte antirussische Rhetorik nicht dazu beitrage, die Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation zu verbessern. Russland werde den Beistandsvertrag mit Abchasien und Südossetien nicht brechen. Er rate, die Ergebnisse der Genfer Gespräche abzuwarten und diese zu

respektieren. Russland sei darüber hinaus immer für Gespräche offen. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) vertrat die Ansicht, dass die Russische Föderation sich schneller demokratisieren und auf die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen achten müsse, wenn sie zur internationalen Staatengemeinschaft gehören wolle. Russland habe das internationale Völkerrecht gebrochen, und daran müsse es erinnert werden. Er sehe keinen Grund, Georgien die Mitgliedschaft in der NATO zu verweigern. Der Abgeordnete **Jan Hendrik Ormel** (Niederlande) erinnerte daran, dass die internationale Kriminalität, der Drogenhandel und der Terrorismus alle Länder gleichermaßen bedrohten. Er rate Georgien wie auch Russland, nach Wegen zu einer Kooperation bei der Bekämpfung dieser Gefahren zu suchen. Der Abgeordnete **Jean-Pierre Demerliat** (Frankreich) stellte fest, dass Frankreich zur Befriedung der Region interveniert habe. Geschichte könne nicht einfach ignoriert werden, und darum müsse es gestattet sein, die Frage nach der Unabhängigkeit der beiden Gebiete zu stellen. Der Abgeordnete **Vitalino Canas** (Portugal) wies darauf hin, dass die internationale Gemeinschaft zwar solidarisch mit Georgien sei, Georgien die NATO jedoch nicht für die Durchsetzung eigener Interessen benutzen dürfe. **Giorgi Baramidze** versicherte, dass Georgien alles tun werde, um eine Verhandlungslösung nicht zu gefährden. Es bleibe allerdings eine Tatsache, dass die Russische Föderation georgisches Territorium besetzt habe und die georgischen Bewohner vertreibe. Den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern, könne nicht als aggressives Verhalten gewertet werden. Sein Land fordere die Russische Föderation auf, das geschlossene Abkommen umzusetzen, das auch den Rückzug aus den besetzten Gebieten vorsehe. Georgien sei grundsätzlich bei der Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität zur Kooperation mit Russland bereit.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Ein Überblick über die Sicherheitsherausforderungen und Kooperationsmechanismen in der Region Zentralasien“, vorgelegt von dem Berichterstatter Marc Angel (Luxemburg)

Berichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) erläuterte, dass sich der vorliegende Bericht schwerpunktmäßig mit den Themen Grenzkontrolle, organisierte Kriminalität und Drogenhandel, religiöser Extremismus und Terrorismus sowie Bewirtschaftung von Wasser und Energiequellen befasse. Die Analyse mache deutlich, dass die Länder Zentralasiens vor ernstzunehmenden Sicherheitsherausforderungen stünden, auf die sie mit regionalen Strukturen nur begrenzt reagieren könnten. Die Anschläge vom 11. September 2001 und die Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen in Afghanistan hätten deutlich gezeigt, dass den Interessen Europas und Nordamerikas am besten gedient sei, wenn die zentralasiatischen Regierungen Unterstützung bei der Bekämpfung der Sicherheitsbedrohungen in der Region erhielten. Die Instabilität in Afghanistan sei jedoch nicht die Ursache

der Sicherheitsprobleme Zentralasiens, vielmehr bestehe eine gegenseitige Bedingtheit. Die Regierungen der Bündnispartner seien gut beraten, Maßnahmen für eine aktivere Zusammenarbeit der Länder in der Region zu fördern. Darüber hinaus sollten die Bündnispartner die zunehmende Unterstützung durch die zentralasiatischen Regierungen bei Militäroperationen in Afghanistan mit mehr Mitwirkung bei Grenzkontrollen und der Bekämpfung des Drogenhandels honorieren, um eine Ausdehnung der Instabilität nach Norden zu verhindern. Es müsse nachhaltig und global agiert werden. Die Energiekrise und die humanitäre Krise der letzten beiden Winterhalbjahre hätten deutlich gemacht, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen erforderlich seien. Eine umfassendere Koordinierung der internationalen Maßnahmen in Zentralasien sei vonnöten, damit Erfolge erzielt werden könnten. Abgesehen von den Militäroperationen in Afghanistan werde der tatsächliche und potentielle Beitrag der NATO zur Sicherheit in Zentralasien nicht öffentlich zur Kenntnis genommen, und es gebe nach wie vor viele Vorurteile bezüglich des Charakters und der Kompetenzen des Bündnisses. Dem solle mit Aufklärung entgegen gewirkt werden. Weitere Initiativen sollten dazu genutzt werden, die positiven Aspekte der Partnerschaft zwischen den zentralasiatischen Ländern und dem Bündnis hervorzuheben. Der Bericht komme zu dem Schluss, dass die Länder der Region zu wichtigen strategischen Partnern der NATO geworden seien, nicht nur bei Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen in Afghanistan, sondern auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Energieversorgung. Synergien zwischen der NATO und regionalen Sicherheitsorganisationen sollten projektbezogen geprüft werden, was jedoch nicht den bilateralen Dialog der NATO mit den Regierungen in der Region ersetze.

Der Abgeordnete **Sat Tokpakbajew** (Kasachstan) wies darauf hin, dass nicht alle Länder in der Region gleich beurteilt werden dürften. Kasachstan sei bei der Bekämpfung des Drogenhandels zielgerichteter und erfolgreicher als andere Staaten. Auch was die Initiativen zum Wassermanagement und zum Abbau der Atomwaffenarsenale betreffe, sei Kasachstan führend. Andere Partner in der Region hingegen hätten administrative und politische Schwierigkeiten bei der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen. Für das Wassermanagement sei beispielsweise kein regionales Abkommen zustande gekommen, weil einige der Partnerländer internationale Vereinbarungen abwarteten. Der Abgeordnete **Jan Hendrik Ormel** (Niederlande) bemängelte, dass der Bericht sich nicht mit der Entwicklung der Demokratie in der Region befasse. Zudem müsse der Bericht die besondere Bedeutung der NATO für diese Region deutlich machen. Der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) wies nochmals auf die Dringlichkeit der Drogenbekämpfung hin. Die Opiumproduktion sei zwar zurück gegangen, doch sei das Problem nicht kleiner geworden.

Der Bericht wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen.

V. Diskussion über den Beitrag der Versammlung zur Entwicklung eines neuen Strategischen Konzepts der NATO

Der Sonderberichterstatter, Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland), konstatierte, dass die NATO PV den auf dem NATO-Gipfel 2009 geäußerten Wunsch nach einem neuen Strategischen Konzept unterstütze. Bei der Entwicklung dieses Strategischen Konzeptes müssten sowohl die Überlegungen zur Rolle der NATO und ihrer Missionen und zur Beziehung zwischen NATO und EU als auch die zwischen den Bündnispartnern unausgeglichene Beteiligung an NATO-Operationen Eingang finden. Zudem müsse eine Balance zwischen traditionellen und neuen Herausforderungen gefunden werden. Diese solle die Perspektiven aller Alliierten widerspiegeln. Der von ihm vorgelegte Entwurf fasse die Auffassungen der fünf Ausschüsse der Versammlung zusammen. Grundsätzlich einig seien sich die Mitglieder in Hinblick auf die Beibehaltung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Weiterhin bestehe Einigkeit hinsichtlich der notwendigen Erweiterung des Aufgabengebietes der NATO und der Bereitstellung der Ressourcen für diese Missionen. Die NATO solle zudem verstärkt einen umfassenden Verteidigungsansatz diskutieren und an der Entwicklung einer angemessenen Kommunikationsstrategie für die Öffentlichkeit arbeiten.

Der Abgeordnete **Arjan Vliegenhart** (Niederlande) wies darauf hin, dass in dem vorgelegten Entwurf von europäischen Staaten gesprochen werde, jedoch nicht klar werde, wo Europa ende. Kasachstan zum Beispiel betrachte sich gleichzeitig als asiatischer und als europäischer Staat. Auch wenn die NATO kein „Weltpolizist“ sei, halte er es für eine wichtige Aufgabe, universelle Werte, wie zum Beispiel Menschenrechte, zu verteidigen. Der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) sprach sich dafür aus, die zivile Dimension der NATO stärker in das Konzept einzubinden. Der Berichterstatter, Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland), stellte fest, dass Konsens darüber bestehe, dass Kasachstan nicht zu Europa zu rechnen sei. Außenoperationen würden immer wichtiger und dienten nicht nur der Verteidigung der Sicherheitsinteressen der NATO-Länder, sondern auch der Verteidigung universeller Werte.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Republik Moldau: Innenpolitische Herausforderungen und die Aussichten auf die euroatlantische Integration“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Marc Angel (Luxemburg)

Der Sonderberichterstatter, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg), führte aus, dass der Bericht die innenpolitische Lage in der Republik Moldau sowie die Spannungen im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom April 2009 und den Neuwahlen im Juli 2009, den Stand der Verhandlungen zum Transnistrien-Konflikt und die Chancen und Herausforderungen der Partnerschaft mit der NATO und der EU untersuche. Die Parlamentswahlen in der Republik Moldau am 5. April 2009 hätten eine schwerwiegende politische Krise ausgelöst, die zum Wie-

deraufflammen innenpolitischer Spannungen und zur Verschlechterung der Beziehungen zu einigen der Nachbarstaaten und zu internationalen Partnern geführt habe. Diese Situation habe das unter den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise leidende Land zusätzlich geschwächt. Dennoch sei der demokratische Prozess vorgekommen. Nach den Neuwahlen vom 29. Juli 2009 seien die politischen Kräfte des Landes bestrebt gewesen, die politische Krise durch einen konstruktiven Dialog zu überwinden und sich mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu befassen. Die Partnerschaft der NATO mit der Republik Moldau habe zur Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors beigetragen. Die Zusammenarbeit mit dem Bündnis sei in jedem Fall mit der Neutralität des Landes vereinbar. Mit der Östlichen Partnerschaft der EU, welche die seit 2003 verfolgte Politik der Republik Moldau in Hinblick auf die europäische Integration unterstütze, wolle die EU Impulse für die Beziehungen zu ihren Nachbarn im Osten setzen. Die geplante Verabschiedung eines neuen Kooperationsabkommens könne eine Chance für die Erneuerung der Beziehungen bieten. Regionale Kooperation und europäische Integration trügen als komplementäre Bestandteile zur Konsolidierung von Stabilität und Sicherheit in Europa bei. Darüber hinaus sei die weitere Normalisierung der Beziehungen zu Rumänien wichtig, da beide Länder aus einer aktiven und mehrdimensionalen Zusammenarbeit große Vorteile ziehen könnten. Der bereits 17 Jahre andauernde Konflikt in Transnistrien, für den noch keine Lösung abzusehen sei, sei eine Quelle von Instabilität. Die „Fünf-Plus-Zwei-Verhandlungen“ müssten darum schnellstmöglich wieder aufgenommen werden.

In der folgenden Diskussion sprach sich ein Abgeordneter des Vereinigten Königreichs dafür aus, dem Wunsch der Republik Moldau nach Integration in die EU Vorrang einzuräumen, da die Lösung des Transnistrien-Konflikts noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen werde. Die Waffen- und Munitionslager in Transnistrien, die zum Teil noch aus der Zeit der Sowjetunion stammten und von russischen Truppen bewacht würden, stellten allerdings eine Gefahrenquelle dar. Der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) wies auf ein Informationsdefizit hinsichtlich des Konflikts hin, das behoben werden müsse. Der Abgeordnete **Jan Hendrik Ormel** (Niederlande) stellte fest, dass Untersuchungen den Rückgang der positiven Einstellung gegenüber der NATO in der Republik Moldau zeigten und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit notwendig sei, um den durch die NATO entstandenen Sicherheitszuwachs angemessen zu kommunizieren. Ein Abgeordneter aus Rumänien erläuterte, dass sich die Beziehungen seines Landes zur Republik Moldau erheblich verbessert hätten. Die „Fünf-Plus-Zwei-Verhandlungen“ seien jedoch nicht effektiv, weshalb über ein neues Format nachgedacht werden müsse. Zudem hätten sich mit dem Beitritt Rumäniens zur EU erhebliche Visa-Probleme für moldawische Bürger, die ihre Verwandten in Rumänien besuchen wollten, ergeben. Eine Vereinfachung der Ein- und Ausreiseregeln käme den Menschen in beiden Ländern zugute. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wollte wissen, in welchem Umfang die Russi-

sche Föderation Truppen in Transnistrien stationiert habe. Der Abgeordnete **Hans Franken** (Niederlande) bat um Information über die Entwicklung der Beziehungen an der Westgrenze der Republik Moldau. Ein Abgeordneter der Russischen Föderation äußerte Sicherheitsbedenken, falls ein neutrales Land wie die Republik Moldau der NATO beitrete, da die NATO so immer dichter an das russische Territorium heranrücken würde. Sonderberichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** antwortete, dass die Waffenlager und die davon ausgehenden Gefahren ernst genommen werden müssten. Er spreche sich zudem für die Ausweitung der Kontakte der EU und der NATO zur Republik Moldau aus, wozu auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung über die Ziele der NATO gehöre. Dass die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der NATO zugenommen habe, erkläre er sich auch durch die von den moldawischen Politikern verwendete Neutralitätsrhetorik. Ein Beitritt komme jedoch nur in Frage, wenn der Transnistrien-Konflikt gelöst sei. Die Verbesserung der Beziehungen zu Rumänien sei zwar begrüßenswert, bei Besuchen und Gesprächen mit Jugendgruppen sei jedoch deutlich geworden, dass noch immer Angst vor einer Auseinandersetzung mit oder gar einer Annexion durch Rumänien bestehe, obwohl niemand die Neutralität der Republik Moldau in Frage stelle. Es sei wichtig, mit dem vorhandenen guten Willen aller Beteiligten die Verhandlungen über Transnistrien wiederzubeleben. Ob eine Änderung des Formats der Verhandlungen hilfreich sei, sei für ihn allerdings fraglich.

Der Bericht wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen.

VII. Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit zum Thema „Piraterie und maritime Sicherheit“ mit Redebeiträgen von Vizeadmiral Hans-Joachim Witthauer, stellvertretender Kommandeur des *Allied Maritime Component Command*, Northwood, Vereinigtes Königreich, und Konteradmiral Peter Hudson, Kommandeur des *Maritime Force and Operation Command EU Naval Force, Atalanta*

Vizeadmiral **Hans-Joachim Witthauer** erläuterte, dass die NATO von Oktober bis Dezember 2008 und von März bis Juni 2009 die *Operation Allied Provider*, einen Militäreinsatz zum Schutz der Seewege am Horn von Afrika, durchgeführt habe, die seit August 2009 als *Operation Ocean Shield* fortgesetzt worden sei. Auftrag der Streitkräfte sei es, als Ergänzung zur Operation Atalanta der EU zur See bewaffnet gegen Piraterie vorzugehen und die Anrainerstaaten des betroffenen Seegebiets beim Aufbau eigener Kapazitäten zur Bekämpfung der Piraterie zu unterstützen. Die operative Führung des Einsatzes liege beim *Allied Joint Command* in Lissabon, Portugal, während taktische Entscheidungen vom *Maritime Component Command Headquarters* in Northwood, Vereinigtes Königreich, getroffen würden. Für die Aktion hätten das Vereinigte Königreich, Griechenland, Italien, die Türkei

und die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe bereit gestellt, auch die Nicht-NATO-Mitglieder Japan, Russland, China und Saudi-Arabien beteiligten sich. Der Einsatz werde in monatlichen Sitzungen, bei denen auch unabhängige Einsatzkräfte mit Verbindungsoffizieren vertreten seien, von NATO, EU und Koalitionstreitkräften koordiniert. Dass die Zusammenarbeit funktioniere, zeige der Erfolg des Einsatzes: in den letzten Monaten habe es keine Entführungsfälle mehr gegeben. Wichtig für die Beurteilung der Lage sei auch die Situation vor der somalischen Küste. Er habe den Eindruck, dass die somalische Übergangsregierung gewillt sei, so effektiv wie möglich gegen die Piraten vorzugehen.

Konteradmiral **Peter Hudson** erläuterte, die Übergangsregierung Somalias habe im Februar 2008 den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) um Unterstützung bei der Bekämpfung der Piraterie gebeten. In den vom VN-Sicherheitsrat beschlossenen Resolutionen 1814 (2008) und 1816 (2008) sei die internationale Gemeinschaft aufgefordert und ermächtigt worden, Maßnahmen zur Piraterieabwehr auch in den Hoheitsgewässern Somalias zu ergreifen. Dieser Zeitraum sei vom Sicherheitsrat bis zum 2. Dezember 2009 verlängert worden. Die EU habe auf dieser völkerrechtlichen Grundlage die Operation Atalanta beschlossen, deren Operationsgebiet heute bis zu den Seychellen reiche. Der Auftrag des Marineverbands sei der Schutz humanitärer Hilfslieferungen nach Somalia und der Handelsseefahrt sowie die Bekämpfung von Piraterie. Dem Beschluss des Rats der EU vom 10. November 2008 zufolge sei die Mission zur Erfüllung ihres Auftrags zur Anwendung aller notwendigen Mittel befugt. Derzeit beteiligten sich die Niederlande, Spanien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Schweden an der Operation. Als erster Nicht-EU-Staat sei seit August 2009 auch Norwegen mit einem Schiff im Einsatz. Das Hauptquartier der Allianz sei in Northwood (Vereinigtes Königreich), während die Führung der Streitkräfte im Einsatzgebiet von Bord eines Flaggschiffes der jeweiligen Führungsnation erfolge. Die Führung werde im viermonatigen Wechsel von Griechenland, Spanien und den Niederlanden übernommen. Festgenommene Piraten könnten einem Übergabeabkommen der EU mit Kenia zufolge an Kenia übergeben werden, solange Kenia willens und fähig zur gerichtlichen Verurteilung der Piraten sei. Die von Vizeadmiral Witthauer vorgestellte Operation und die Operation Atalanta ergänzten sich. Das Missionsziel sei realistisch formuliert, da die militärische Präsenz Wirkung zeige und Schiffe kaum mehr angegriffen würden, wenn sie die Sicherheitsempfehlungen beachteten. Das zu überwachende Seegebiet sei jedoch groß, und trotz militärischer Präsenz würden sich Überfälle auch in Zukunft nicht verhindern lassen. Zudem operierten die Piraten von kleinen, schlecht zu ortenden Booten aus. Allein mit militärischen Maßnahmen könne daher die Piraterie nicht eingedämmt werden. Die somalische Regierung müsse viel mehr in die Lage versetzt werden, wirksam gegen Piraten vorzugehen.

In der Diskussion richtete **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) die Frage an die Referenten, ob die Ortung der Piraten durch unbemannte Drohnen oder Satelliten mög-

lich und ob die bisherige Rechtsgrundlage ausreichend sei. Der Abgeordnete **Oleg Zarubinski** (Ukraine) wollte wissen, ob es Erkenntnisse über die Zusammenarbeit der Piraten mit dem organisierten Verbrechen gebe. **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob es bei der Piratenbekämpfung nationale Vorbehalte gebe oder ob von den Reedereien Anliegen an die militärische Einsatzleitung herangetragen würden. Der Senator **Vincenzo Bianco** (Italien) stellte fest, dass den Berichten zufolge der Operationsbereich der Piraten größer geworden sei. Er fragte, ob geheimdienstliche Erkenntnisse in die Bekämpfung der Piraterie einfließen, wie die Mitnahme von Marinesoldaten an Bord von Handelsschiffen eingeschätzt werde und ob eine Zusammenarbeit mit China oder Iran existiere. Der Abgeordnete **Jesus Cuadrado** (Spanien) fragte, ob es sinnvoll sei, die Besatzung von Fischerbooten zu bewaffnen, damit diese sich im Notfall verteidigen könnten. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) verwies darauf, dass die Übergangsregierung in Somalia in die Lage versetzt werden müsse, die notwendigen Kapazitäten zum Aufbau eines Rechtsstaates und zur Piratenbekämpfung auszubilden. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die internationale Gemeinschaft das Land finanziell und personell unterstütze.

Vizeadmiral **Hans-Joachim Witthauer** und Konteradmiral **Peter Hudson** erläuterten in ihren Antworten, dass der Einsatz von Drohnen vorerst nicht geplant sei, da das zu überwachende Seegebiet zu groß sei. Auch eine Satellitenüberwachung könne die kleinen Piratenboote nicht rechtzeitig ausmachen. Die bisherige Gesetzeslage sei der Situation nicht angepasst, sodass Handlungsbedarf gesehen werde. Nationale Vorbehalte oder Wünsche von Reedereien hinsichtlich des Vorgehens gegen die Piraten gebe es jedoch nicht. Die Situation für die angegriffenen Schiffe werde gefährlich, wenn die Piraten, in der Mehrzahl arbeitslose Fischer, an Bord gelangten. Hinter den Piraten auf See stünden gut strukturierte Organisationen an Land, aus denen sich auch die Verhandlungsführer bei Lösegeldverhandlungen rekrutierten, und die vermutlich auch Verbindungen zum internationalen Terrorismus hätten. Die chinesische Marine schütze in der Regel chinesische Handelsschiffe, jedoch habe sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und China verbessert. Iran habe zwar ein Kriegsschiff im Golf von Aden, dieses sei jedoch nicht Bestandteil der Operation. Aufgrund der großen Anzahl von Handelsschiffen im Golf von Aden wäre es unmöglich, auf jedem Schiff Soldaten mitfahren zu lassen, was auch nur dann sinnvoll sei, wenn sich mindestens zehn Soldaten an Bord aufhielten. Bewaffnete Kräfte stellten zudem ein Risiko dar, wenn Piraten ein Schiff enterten, da die bislang ohne Schusswaffen agierenden Piraten dann ihr Verhalten ändern könnten. Die Bewaffnung der Besatzungen sei daher abzulehnen. In Somalia sei faktisch keine Küstenwache vorhanden. Für den Aufbau einer schlagkräftigen Einheit müssten nicht nur entsprechende Ressourcen bereitgestellt, sondern auch die politische Lage im Land stabilisiert werden. Die Kooperation mit den Geheimdiensten und der Informationsaustausch verbesserten sich.

VIII. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die wachsende Gefährdung der regionalen und der weltweiten Sicherheit durch die Piraterie“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erläuterte, der Generalberichtsentwurf befasse sich mit dem Thema Seeräuberei und besonders mit der Situation vor der Küste Somalias. Im analytischen Teil würden eine Definition von Piraterie gegeben, weltweite Entwicklungslinien nachgezeichnet und Trends und Entwicklungen der Piraterie vor Somalia dargestellt. Der Generalberichterstatter kam dabei zu dem Schluss, dass die Verschlechterung der Situation vor allem der instabilen sicherheitspolitischen Lage im Land geschuldet sei. Seit dem Zusammenbruch des Regimes von Mohamed Siad Barre 1991 gebe es keine staatliche Organisation mehr; die 2004 durch die Vereinten Nationen eingerichtete Übergangsregierung (*Transitional Federal Government*, TFG) habe nur Teile des Landes unter Kontrolle und werde von bewaffneten Oppositionsgruppen bekämpft. Die Region Puntland und die eigenständig ausgerufene Republik Somaliland hätten Institutionen zur Selbstverwaltung eingerichtet, was die Situation noch verschärfe. Die Schwäche der staatlichen Institutionen und die fehlende Strafverfolgung ebneten den Weg für verbrecherische Organisationen, darunter auch Netzwerke von Piraten. Den landesweit operierenden Organisationen hätten lokale und staatliche Justiz- und Polizeibehörden nichts entgegenzusetzen. Die Übergriffe durch Piraten hätten zuvor meist im Golf von Aden stattgefunden, verlagerten sich aber aufgrund der Präsenz von NATO-Schiffen in diesem Seegebiet inzwischen zunehmend in das aufgrund seiner Größe wesentlich schwieriger zu überwachende Becken vor Somalia. Das Operationsgebiet der Piraten reiche mittlerweile bis vor die Küsten von Kenia, Tansania, den Seychellen und Madagaskar und dehne sich noch weiter aus. Zwar würden während des Monsuns die Angriffe unterbrochen, doch rechne man mit einer verstärkten Wiederaufnahme der Piratenangriffe im Herbst. Besonders kritisch sei zudem die Rechtslage in der Region. Der VN-Sicherheitsrat habe 2008 eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen für die Region erlassen, zum Beispiel die Ausweitung des durch die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCLOS) festgelegten Umgangs mit Piraterie auf die Hoheitsgewässer von Somalia. Mit dieser Maßnahme würden die somalischen Gewässer internationalen Gewässern gleichgestellt und ausländischen Marineverbänden die Bekämpfung der Piraterie dort ermöglicht. Der Sicherheitsrat habe die Probleme diskutiert, die sich mit der strafrechtlichen Verfolgung der Piraten für die zuständige Gerichtsbarkeit ergäben. Nur wenige Staaten hätten jedoch die in UNCLOS enthaltenen rechtlichen Bestimmung in nationales Recht übernommen. Die strafrechtliche Verfolgung der Piraterie sei – wenn überhaupt – meist nur dann möglich, wenn sich eine Verbindung der Piraten zu einem Staat nachweisen lasse, weshalb bereits mehrmals verhaftete Piraten freigelassen worden seien. Das rechtliche Vakuum müsse unbedingt gefüllt werden; langfristig sollten somalische Gerichte die Piraten zur Rechenschaft ziehen. Auch andere

rechtliche Systeme und Mechanismen, wie die Aburteilung der Piraten durch den Internationalen Strafgerichtshof oder ein eigens zu diesem Zweck einzurichtendes internationales Gericht, seien ins Auge gefasst worden. Die Einrichtung einer neuen Institution würde jedoch nicht nur rechtliche Probleme schaffen, sondern auch administrative und finanzielle Mittel erfordern. Daher sei das Ziel die Umsetzung und Verbesserung der existierenden nationalen Rechtsvorschriften. Dies gelte sowohl für Staaten der Region als auch für Staaten, die Marineverbände entsandt hätten. Schließlich stellte der Generalberichterstatter fest, dass die Bekämpfung der Piraterie mit militärischen Mitteln nur begrenzt möglich sei; nachhaltige Bekämpfung erfordere die Veränderung des gesellschaftlichen Umfeldes. Ein langfristiger und koordinierter Ansatz müsse einerseits die rechtlichen, technischen und militärischen Mittel zur Bekämpfung der Piraterie verstärken und diese mit existierenden Initiativen im politischen, diplomatischen, entwicklungspolitischen und humanitären Bereich verknüpfen, und andererseits das Engagement der Nachbarstaaten fördern.

In der anschließenden Diskussion wies der Abgeordnete **Paul Schäfer** (Deutschland) darauf hin, dass neben dem Fehlen einer Zentralregierung und der instabilen politischen Lage auch die intensive Befischung durch ausländische Fischereifлотten, die den ortsansässigen Fischern ihre Arbeitsplätze nehme, eine Ursache für Piraterie sei. Die VN hätten auch darauf hingewiesen, dass vor der somalischen Küste Giftmüll verklappt werde, was die Lebensgrundlage der Fischer zusätzlich stark beeinträchtige. Die gefassten Piraten seien aber nur Handlanger; von herausragender Bedeutung sei die Identifizierung und Festsetzung der Hintermänner. Die militärische Präsenz vor Somalia sei leider trotz der Aufstockung auf 30 Schiffe noch immer unzureichend, so dass nicht einmal die international ausgewiesenen Schifffahrtsrouten geschützt werden könnten. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) antwortete, dass das Argument der illegalen Befischung von somalischer Seite als Begründung herangezogen werde. Es gebe jedoch keine internationale Politik in diesem Bereich und man könne nie sicher sein, ob gefischt werde oder ob Waffen geschmuggelt und gehandelt würden. Die genaue Zahl der benötigten Schiffe sei schwer zu bestimmen, da es sich um ein sehr großes Seegebiet handle. Weitere Diskussionsbeiträge befassten sich mit den Themen des Rechtsrahmens und der Möglichkeiten der Pirateriebekämpfung durch die Übergangsregierung. Die Abgeordnete **Siv Jensen** (Norwegen) sprach sich für die Verbesserung der politischen und sozialen Situation im Land aus. Die Verhältnisse in Somalia ließen vermuten, dass die Piraten auch Verbindungen zum internationalen Terrorismus, insbesondere zu Al-Qaida, hätten. Der Senator **Vincenzo Bianco** (Italien) bekräftigte dies und erörterte, dass der italienische Geheimdienst Hinweise auf eine Verbindung der Piraten zu Al-Qaida habe, und dass durch die bessere Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten weitere Erkenntnisse zu erwarten seien. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) sprach sich dafür aus, die Länder der Region stärker einzubeziehen, da Somalia diese Aufgabe nicht allein schultern könne. Somalia benötige finanzielle Mittel und andere Ressourcen sowie Unterstützung bei der Ausbildung von Polizei und

Militär, um eine effiziente Küstenwache aufzubauen. Mit der Hilfe der Afrikanischen Union (AU) und Kenias müsse das Land in die Lage versetzt werden, eine Staatsmacht zu werden und die Staatsgewalt auszuüben, was auch im Interesse der Nachbarländer sei. Ein Abgeordneter aus den Niederlanden fragte, ob bekannt sei, wohin das von den Reedereien gezahlte Lösegeld fließe und um welche Summen es sich handle. **Hasan Agyün**, politischer Berater des NATO-Kommandeurs General Philippe Stoltz, Alliiertes Regionalkommando Lissabon, berichtete, die AU mache sich große Sorgen, dass Somalia ein zweites Afghanistan werden könne und sei übereingekommen, sich mit einem gemeinsamen Schiff an der Mission zu beteiligen. **Lord Jopling** erwiderte, dass ihn eine Verbindung zu Al-Qaida nicht überraschen würde, bislang aber nicht eindeutig zu belegen sei. Die Gesamtsumme der gezahlten Lösegelder betrage schätzungsweise mehrere 100 Millionen Dollar. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten sei er skeptisch, ob diese ihre gewonnenen Erkenntnisse freiwillig weitergeben würden. Er begrüßte die Beteiligung der AU und betonte, dass diese sich in Zukunft stärker als bisher engagieren müsse, weil sie durch die afrikanischen Staaten legitimiert sei.

Der Generalberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

IX. Beratung des Entschließungsentwurfs „Eine umfassende und koordinierte Reaktion auf die Seeräubererei vor der Küste Somalias“

Zu dem Entschließungsentwurf wurden vier Änderungsanträge eingereicht. Ein Änderungsantrag der deutschen Delegation wies auf die Bedeutung der Schaffung einer Gesetzesgrundlage, die die Überführung verhafteter Piraten in die Gerichtsbarkeit anderer Länder zur Aburteilung ermöglichen solle, hin. Alle Änderungsanträge wurden vom Ausschuss redaktionell modifiziert angenommen.

Der geänderte Entschließungsentwurf wurde vom Ausschuss angenommen.

X. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2010 sind Reisen nach Georgien sowie nach Washington und Missouri (Vereinigte Staaten) geplant. Zusammen mit dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) fasst man eine Reise nach Bosnien und Herzegowina ins Auge. Der Generalbericht wird sich mit dem Thema maritime Sicherheit, der Bericht des Sonderberichterstatters mit dem Thema Afghanistan befassen.

XI. Personalien

Die Vorsitzende des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten), die stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal), Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) und Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) sowie der Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum Sonderberichterstatter wurde der Abgeordnete

Vitalino Canas (Portugal) gewählt. Neuer Vorsitzender des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ wurde der Abgeordnete **Jan Hendrik Ormel** (Niederlande). Zu seinem Stellvertreter wurde der Abgeordnete **Juozas Olegas** (Litauen) gewählt.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 14. November 2009 unter dem Vorsitz von **Lothar Ibrügger** (Deutschland).

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Renaissance der Atomenergie und Klimawandel.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Eingangs würdigte der Generalberichterstatter, Abgeordnete **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich), die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, die von Massenvernichtungswaffen ausgehenden Bedrohungen zu bekämpfen. Zugleich bemängelte er jedoch, dass ein einheitliches politisches Vorgehen denjenigen Ländern gegenüber, die Nuklearfähigkeiten anstrebten, bislang fehle; das schließe auch die Haltung gegenüber vertragsverletzenden Staaten wie Iran und Nordkorea ein. Um das gemeinsame Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt zu erreichen, plädierte Mates dafür, die Internationale Atomenergiebehörde zu stärken und die Folgekonferenz zum Nichtweiterverbreitungsvertrag, die im Mai 2010 stattfinden werde, zum Erfolg zu führen.

In der anschließenden Diskussion unterstrich der Abgeordnete **Jacques Gautier** (Frankreich) die Bemühungen seines Landes um nukleare Abrüstung, sah aber auch andere Nuklearwaffenmächte in der Pflicht, Abrüstungsschritte zu unternehmen.

Ohne Gegenstimmen verabschiedete der Ausschuss den Generalberichtsentwurf. Angenommen wurde auch die entsprechende EntschlieÙung zu dem Bericht, wobei zwei von der russischen Delegation eingebrachte Änderungsanträge berücksichtigt wurden.

III. Vortrag von Professor Ali Ansari, Fachbereich Geschichte des Iran an der Saint Andrews Universität

In seinem Vortrag skizzierte **Professor Ali Ansari** den Zusammenhang zwischen dem gegenwärtigen politischen Klima im Iran und dessen Ziel, Nuklearwaffen zu besitzen. Mit dem Ausbau des zivilen Nuklearprogramms wie auch der militärischen Variante beabsichtige der Iran, zum einen größere Sicherheit und zum anderen mehr Ansehen zu gewinnen. Keineswegs in Abrede stellen wollte Professor Ali

Ansari die Bemühungen Teherans um Nuklearwaffenfähigkeit, allerdings bezweifelte er, ob der Iran letztendlich die Waffen auch herstellen werde. Professor Ali Ansari riet dazu, den Iran in seiner schwierigen innenpolitischen Situation nicht von außen zu beeinflussen und bezweifelte auch, ob internationale Verhandlungen tatsächlich Erfolge zeitigen könnten. Mit seiner Hinhaltetaktik verfolge der iranische Präsident Ahmadinedschad lediglich das Ziel, sich weiterhin im internationalen Scheinwerferlicht präsentieren zu können.

Die Abgeordnete **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) bat um Auskunft, wie die inneriranischen Verhältnisse verbessert werden könnten ohne jedoch zugleich die regionale bzw. globale Sicherheit zu gefährden. Unterstützt von US-amerikanischen Delegierten bezweifelte der Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) die Auffassung Professor Ansaris, der Iran werde kurz vor dem Bau von Nuklearwaffen innehalten. Schließlich zog der Abgeordnete **Jinsuk Chung** (Südkorea) Parallelen zu der Situation auf der koreanischen Halbinsel und bat die NATO PV um größere Aufmerksamkeit für die sich zuspitzende Lage in seinem Land.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ über „Die Renaissance der Atomenergie“, vorgelegt von dem Berichterstatter Mario Tagarinski (Bulgarien)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Mario Tagarinski** (Bulgarien), schilderte das weltweit neu erwachte Interesse an dem Ausbau von Kernenergie. Die Kluft zwischen Befürwortern, die Nuklearstrom als preiswerte und saubere Energie unterstützten und Atomgegnern, die darin eine Gefahr für die Sicherheit sähen, sei nach wie vor tief. Zwar sei der Treibhauseffekt dank Atomstrom deutlich reduzierbar, so der Berichterstatter, jedoch stelle die Beseitigung des radioaktiven Abfalls ein großes Problem dar. Ob die Regierungen angesichts der Finanzkrise bereit seien, die immensen Investitionen für den Bau von Kernreaktoren aufzubringen, zog der Berichterstatter in Zweifel. Zum Schluss unterstrich er jedoch die Bedeutung von Kernenergie, um den künftigen Energiehunger zu stillen, ebenso wie er bei dem Einsatz fossiler Brennstoffe kritisch auf deren erhebliche Umweltbeeinträchtigungen aufmerksam machte.

Der Ausschuss billigte den Berichtsentwurf.

V. Vortrag von Malcolm Grimston, Wissenschaftler am Energie-, Umwelt- und Entwicklungsprogramm von Chatham House, zum Thema „Die Energiestrategie des Vereinigten Königreiches und die Rückkehr zur Kernenergie“

Malcolm Grimston unterrichtete die Ausschussmitglieder über die Energiestrategie seines Landes. Bei einer nationalen Energiestrategie würden generell vier miteinander widerstrebende Ziele verfolgt: sichere Energieversor-

gung, umweltfreundliche Energieerzeugung, kostengünstiger Strom und politisch-gesellschaftlich akzeptable Zulieferung. Dabei habe die britische Regierung den Schwerpunkt auf den Ausbau der Kernenergie verlagert, die im Weißbuch Energie 2003 noch als unattraktiv gebrandmarkt, nun aber von Premier Brown als unverzichtbarer Bestandteil des britischen Energiemix beurteilt worden sei. Angesichts der hohen Erdölpreise, der Abhängigkeit von Energieimporten und der Verpflichtung, Treibhausgase zu reduzieren, setze die britische Regierung auf den Ausbau der Kernenergie, auch wenn die Genehmigung und Finanzierung neuer Kernkraftwerke einen erheblichen Aufwand bedeuteten.

Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) erkundigte sich nach dem präzisen Zeitplan für den Kernenergieausbau. Auch interessierte ihn, ob es bei einem Regierungswechsel in Großbritannien zu einem rascheren Ausbau der Kernenergie komme. **Malcom Grimston** entgegnete, dass damit komplexe verfassungsrechtliche Fragen verbunden seien; so könne das schottische Parlament zum Beispiel die Pläne zum Kernenergieausbau stoppen. Bei der Frage der Beseitigung radioaktiven Abfalls lerne die britische Regierung von den Erfahrungen der skandinavischen Länder, wo die Bevölkerung umfassend informiert werde und dadurch auch die energiepolitischen Beschlüsse ihrer jeweiligen Regierung mittrage.

VI. Das neue Strategische Konzept der NATO, der Beitrag der NATO PV, vorgestellt vom Vizepräsidenten der NATO PV Sven Mikser (Estland)

Der Vizepräsident der NATO PV, Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland), informierte die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses über den Beitrag der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO. Dieser Beitrag werde in Form von Empfehlungen dem NATO-Generalsekretär übermittelt. Zwar bleibe die gegenseitige Beistandsverpflichtung des Nordatlantikvertrages Dreh- und Angelpunkt auch der neuen Strategie, sie werde jedoch auch die veränderten Herausforderungen und Bedrohungen berücksichtigen. Auf der Bündnissolidarität gründend werde das Strategische Konzept die Bedeutung flexibler, integrierter militärischer Einheiten ebenso betonen wie die verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wie mit der Europäischen Union, und eine optimierte Information der Öffentlichkeit über Sinn und Zweck der NATO.

Beim anschließenden Meinungsaustausch begrüßte der Abgeordnete **Andrzej Galazewski** (Polen), dass die Bündnissolidarität auch im neuen Strategischen Konzept ein zentrales Element sei. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russland) plädierte dafür, dass auch sein Land zur Erarbeitung der neuen Strategie Hinweise und Bedenken formulieren könne.

VII. Vortrag des britischen Botschafters in Norwegen, David Powell, zum Thema „Die Arktis aus britischer Perspektive“

Botschafter **David Powell** erläuterte die Bedeutung der Arktis für das Vereinigte Königreich. Das Interesse Groß-

britanniens gründe in seiner geographischen Nähe zur Arktis, seinen Forschungsprojekten dort und dem Beobachterstatus des Vereinigten Königreichs im Arktischen Rat. Botschafter Powell warnte die Delegierten vor der Fehleinschätzung, Entwicklungen in der Arktis beträfen nur die Anrainerstaaten; steigende Meeresspiegel, Auftauen des Permafrosts hätten immense Auswirkungen. Unbedingt müsse der Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzt werden. Ferner verwies David Powell auf die Probleme, die durch die Eröffnung neuer Seerouten oder Erschließung neuer Rohstoffgebiete entstehen könnten. Abschließend plädierte der Botschafter nachdrücklich dafür, die Arktis als friedliche und stabile Region zu bewahren.

VIII. Beratung des Sonderberichts zu „Klimawandel und globale Sicherheit“ vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Seine Ausschusskollegen warnte der Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) vor den Folgen des Klimawandels, der unvermeidbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage insgesamt und einzelne Konfliktregion im Besonderen haben könnte, beispielsweise bei Wasserverknappung oder Wüstenbildung. Wie sein Vorredner setzte sich Senator Nolin nachdrücklich dafür ein, die Arktis als friedliche Region nicht anzutasten.

IX. Personalien

Der Abgeordnete **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) wurde zum Ausschussvorsitzenden und die Abgeordnete **Jolanta Szymanek-Deresz** (Polen) zu seiner Stellvertreterin gewählt. Generalberichterstatter wurde der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten). Vorsitzender des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ wurde der Abgeordnete **Mario Tagarinski** (Bulgarien), sein Stellvertreter Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) und Berichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich).

X. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2010 plant der Wissenschaftsausschuss Besuche in die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation sowie nach Frankreich. Inhaltliche Schwerpunkte werden dabei die Beziehungen der NATO zu Russland, Energiesicherheit und Klimawandel sein.

XI. Schlussbemerkung

Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) dankte dem Mitglied der deutschen Delegation, Lothar Ibrügger, der sich für die Bundestagswahl 2009 nicht mehr zur Verfügung gestellt hatte, für sein beispielgebendes Engagement im Wissenschaftsausschuss, wo er als Berichterstatter und Vorsitzender mit viel Herzblut hervorragende Arbeit geleistet habe.

Plenarsitzung

Am Dienstag, den 17. November 2009, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **John Tanner** (Vereinigte Staaten), die Plenarsitzung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung legten die Delegierten eine Schweigeminute zum Gedenken an die Gefallenen der Weltkriege ein.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter John Tanner (Vereinigte Staaten)

Präsident **John Tanner** (Vereinigte Staaten) erinnerte an die aus der Immigration vieler Schotten nach Amerika resultierenden besonderen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Schottland. Gemeinsame Werte und Grundauffassungen, die auch die neuen Mitglieder des Bündnisses teilten, gäben der NATO eine weit über militärische Aspekte hinausreichende Dimension. In Hinblick auf die Afghanistan-Mission der NATO bestehe Nachholbedarf bei der Information der Bürger über den Zweck und die Ziele des Engagements des Bündnisses. Man müsse sich nicht nur das Ziel der Mission, die Sicherheit der Alliierten, stets neu vor Augen halten, sondern auch die Strategie, die zu diesem Ziel führen solle. Für das 21. Jahrhundert hätten die Verbündeten neue strategische Ziele in Hinblick auf zukünftige Herausforderungen und das Verhältnis zu den Partnern, insbesondere der Russischen Föderation, zu erarbeiten. Vor allem in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftskrise müsse den Bürgern glaubwürdig vermittelt werden, dass sich die Investitionen in die NATO lohnten. Dies könne beispielsweise durch ein plausibles Strategisches Konzept geschehen, an dessen Formulierung die NATO PV bereits mitwirke. Die gegenseitige Beistandsverpflichtung stehe immer noch im Zentrum des Bündnisses, doch hätten sich die Bedrohungen im Laufe der Zeit verändert. Bewaffnete Angriffe auf ein Mitgliedsland seien heutzutage unwahrscheinlicher als die Gefährdung der Sicherheit durch den internationalen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen oder einen Cyber-Angriff.

II. Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen

In seiner ersten Ansprache vor der NATO PV schloss sich NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** der Aufforderung seines Vorredners nach verstärkter Information der Öffentlichkeit über die Ziele und den Zweck des Bündnisses an. Dies gelte insbesondere für den Einsatz in Afghanistan. Die Frage vieler Bürger, ob der militärische Einsatz dort nicht zu viele Opfer fordere, sei berechtigt; damit Al-Qaida jedoch nicht wieder Fuß fassen könne, sei ein Verbleib der Truppen unumgänglich. Eine neue, umfassendere Strategie müsse Afghanistan mittelfristig in die Lage versetzen, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen, wozu die Ausbildung ziviler und militärischer Sicherheitskräfte unerlässlich sei. Eine Anpassung der Struktur der NATO sei angesichts der neuen Herausforderungen erforderlich. Oberste Priorität des Bündnisses bleibe zwar die territoriale Integrität jedes einzelnen Mit-

gliedstaates, zunehmend entwickelten sich jedoch Probleme außerhalb des Vertragsgebiets, die moderne, flexible Militärstrukturen erforderlich machten. Durch internationale Kooperation, *pooling*, und Ähnliches könnten Ressourcen auch effizienter eingesetzt und wirtschaftliche Engpässe überwunden werden. Ein konstantes vertrauensvolles Verhältnis mit dem Partnerland Russland sei ein weiterer Eckpunkt der NATO-Zukunftsstrategie, auch wenn nicht alle Bündnispartner in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation gleicher Meinung seien. Wichtig sei außerdem die Binnenreform der NATO, die zum Beispiel die bessere Verzahnung von militärischen und zivilen Einheiten, die stärkere Berücksichtigung geheimdienstlicher Erkenntnisse und rasche Entscheidungen vorsehe. Die Parlamentarier seien aufgefordert, ihre Ideen und Visionen zur Zukunft der NATO in die Erarbeitung des neuen Strategischen Konzeptes einfließen zu lassen.

Den Auftakt zur anschließenden Fragestunde machte die Abgeordnete **Ragnheidur Arnadottir** (Island) mit dem Einwand, dass sich einige Bündnispartner nicht vollständig in die Verpflichtung durch Artikel 5 des Nordatlantikvertrages einbezogen fühlten. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** widersprach und unterstrich, dass die gegenseitige Beistandsverpflichtung für alle gelte und auch das Kernelement der neuen Strategie sei, die jedoch nicht nur den territorialen Schutz sondern auch die Verteidigung gegen neue Gefahren berücksichtige. Der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) plädierte für eine gerechtere Lastenteilung zwischen den Verbündeten und regte an, als Grundlage dafür einen detaillierten Bericht über die Verteidigungsausgaben der einzelnen Länder zu erstellen, was **Anders Fogh Rasmussen** uneingeschränkt befürwortete. Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass die Verteidigungsausgaben in Europa relativ hoch seien, die Effizienz jedoch durch Doppelbeauftragung, Konkurrenzdenken etc. niedriger sei als in den Vereinigten Staaten. Auch dem stimmte der Generalsekretär zu. Der Abgeordnete **Andronius Azubalis** (Litauen) zeigte sich unzufrieden mit dem Zugehen der NATO auf Russland, welches in vielen Bereichen seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. **Anders Fogh Rasmussen** bestritt die Differenzen mit Russland nicht, verwies jedoch auf die gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) fragte den NATO-Generalsekretär nach den von einigen Bündnispartnern ausgearbeiteten Plänen für einen Abzug aus Afghanistan und welche Auswirkungen ein Abzug hätte. Daran knüpfte der Abgeordnete **Khalid A. Paschtoon** (Afghanistan) an und brachte die Sorge zum Ausdruck, der Truppenabzug könnte sowohl die afghanische Armee als auch die im Land verbleibenden Truppen demoralisieren. Der Generalsekretär erläuterte, dass die einzelnen Länder bislang vereinbarungsgemäß ihren Pflichten nachkämen und die Diskussionen über einen Abzug zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv und verfrüht seien.

Der Abgeordnete **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) forderte führende NATO-Militärs, die oft überzeugender seien als Politiker, auf, der Öffentlichkeit die Not-

wendigkeit des Einsatzes in Afghanistan zu vermitteln. **Markus Meckel** (Deutschland) thematisierte die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU vor dem Hintergrund des Vertrags von Lissabon. Der künftige Hohe Repräsentant für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU solle vom NATO-Rat eingeladen werden, vor diesem zu sprechen. Er fragte zudem, ob bei der zivilen und militärischen Zusammenarbeit von Fall zu Fall entschieden werden solle oder verbindliche Vereinbarungen sinnvoller seien. **Anders Fogh Rasmussen** erklärte, die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU müsse dringend verbessert werden. Er bedauere sehr, dass es bislang keine Sicherheitsvereinbarungen der beiden Organisationen für Afghanistan gebe. Auch er sehe Defizite in der Darstellung des Einsatzes in Afghanistan in der Öffentlichkeit. Auf die Frage des Abgeordneten **Giorgio La Malfa** (Italien) nach Veränderungen bezüglich des Einsatzes von Kernwaffen durch die NATO antwortete der Generalsekretär, dass diese bis auf weiteres zur Abschreckung genutzt werden sollten. Er erklärte auf die Frage nach der Festlegung der territorialen Integrität im Südkaukasus außerdem, dass das Strategische Konzept nicht spezifisch auf bestimmte Länder oder Regionen eingehen könne. Seine persönliche Priorität sei die Verbesserung der Beziehungen zu Russland, wobei er sich mehr auf die verbindenden und weniger auf die trennenden Themen konzentrieren wolle.

III. Ansprache des ehemaligen NATO-Generalsekretärs und Mitglieds des House of Lords, Rt Hon. Lord Robertson of Port Ellen

Lord Robertson stellte fest, dass in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der NATO auf dem Spiel stehe, da nicht ausreichend kommuniziert werde, welche Bedeutung die Sicherheit in Afghanistan für die Bevölkerung zu Hause habe. Ein verfrühter Abzug habe unweigerlich das Wiedererstarken des Fundamentalismus zur Folge. Die Bündnispartner trügen gemeinsam die Verantwortung und müssten daher auch die Lasten gemeinsam tragen. Mit der notwendigen Entschlossenheit könne man auch in Afghanistan erfolgreich sein.

In der Diskussion bat der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) um eine Einschätzung zur Notwendigkeit der fortgesetzten Präsenz in Kosovo und zum Zeitpunkt der Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung. **Lord Robertson** erklärte, dass die Bündnispartner weiterhin die Verantwortung für Kosovo hätten und der Aufbau unterstützt werden müsse. In Afghanistan sei neben der Übertragung der Verantwortung an afghanische Autoritäten auch entscheidend, dem Wiederaufbau eine höhere Priorität einzuräumen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Es müssten ein Gleichgewicht ziviler und militärischer Arbeit hergestellt und die Kapazitäten entsprechend verteilt werden. Wer jetzt die notwendigen finanziellen Leistungen nicht erbringen wolle, müsse in Zukunft höhere Kosten in Kauf nehmen. Gleiches gelte auch in Hinblick auf den Klimawandel, der große Auswirkungen auf die globale Sicherheit haben werde.

IV. Ansprache des britischen Außenministers, David Miliband

Außenminister **David Miliband** räumte ein, dass die NATO zwar zahlreiche wichtige Herausforderungen zu lösen habe, er sich in seinen Ausführungen jedoch ausschließlich mit Afghanistan befassen wolle. Die hohe Zahl von Opfern bei den ISAF-Truppen, den afghanischen Einheiten und der Zivilbevölkerung sei tragisch. Am Ziel des Einsatzes, der Niederschlagung aufständischer Taliban und der Bekämpfung von Al-Qaida, bestehe jedoch kein Zweifel. Darüber herrsche bei den Bündnispartnern Einigkeit, sodass die entscheidende Frage jetzt die dauerhafte Befriedung Afghanistans sei. Hierzu, so seien sich die Partner einig, müsse parallel zu militärischen Aktionen der zivile Wiederaufbau vorangetrieben werden. Um Al-Qaida fern zu halten und die Stammesgruppen und die Nachbarländer beim Wiederaufbau zu beteiligen, und so das politische Ziel des Einsatzes zu erreichen, müsse aus seiner Sicht die afghanische Bevölkerung Gewissheit bekommen, dass die afghanischen Polizeikräfte in der Lage seien, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren und ein Wiedererstarken der Taliban zu verhindern. Hierzu sollten vor allem Provinz- und Distriktgouverneure unterstützt werden, weil diese Schnittstellen von Bevölkerung und Regierung seien. Ebenso wichtig sei die Spaltung der Taliban, die keineswegs einen homogenen Block unter einer zentralen Führung darstellten, durch die Ausschaltung elementarer Schlüsselfiguren durch konzentrierte Aktionen. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich die Taliban dann entradikalisierten und in ihre Dörfer zurückkehrten. Schließlich sei der Interessenausgleich mit Afghanistans Nachbarländern von Bedeutung. Stabilität und Frieden in Afghanistan habe auch positive Auswirkungen auf die Nachbarländer.

Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) bat den Außenminister um Auskunft über die Existenz eines Konsenses in der britischen Bevölkerung über die von Premierminister Gordon Brown angekündigte nukleare Abrüstung. **David Miliband** entgegnete, dass die Überlegungen über den Umfang der Reduzierungen noch nicht abgeschlossen seien. Auf die Frage des Abgeordneten **Styopa Safaryan** (Rumänien) nach der Verschärfung der Situation in der Region durch den Georgienkonflikt entgegnete der Außenminister, dass es keine *frozen conflicts* gebe, solange die Gespräche auf politischer Ebene fortgesetzt würden. Die von der Abgeordneten **Evdoxia-Eva Kaili** (Griechenland) geäußerte Forderung nach der Bekämpfung von Al-Qaida nicht in Afghanistan, sondern in den Zielländern der terroristischen Angriffe, lehnte **David Miliband** als zu defensiv ab. Die Abgeordnete **Birgitta Jonsdottir** (Island) wollte wissen, wie man gute Regierungsführung fördern könne. In seiner Antwort verwies der Außenminister auf Pakistan, wo der Widerstand der Bevölkerung gegen die Taliban die Regierung und das Militär gestärkt habe. Der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien) berichtete über die von der afghanischen Bevölkerung gewünschte Verlagerung von Kompetenzen von der Zentral- auf die Kommunalebene, was auch der Außenminister begrüßte.

V. Ansprache des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa, Admiral James Stavridis

Admiral **James Stavridis** gab einen kurzen Überblick über die laufenden Operationen. Man sei inzwischen auf drei Kontinenten im Einsatz, wobei Afghanistan die komplexeste Aufgabe sei, die aber nichtsdestotrotz zu bewältigen sei. Für den Erfolg sei jedoch die Konzentration der Kapazitäten der NATO notwendig. Zudem müsse ein Gleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Aufgaben gefunden und das Training der afghanischen Sicherheitskräfte intensiviert werden, um eine selbsttragende Sicherheit herzustellen. Zudem müsse die Bedeutung des Einsatzes auch in Afghanistan selbst intensiver kommuniziert werden. Ein Schlüssel sei die Verzahnung militärischer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Aspekte. Die Operation auf dem Balkan könne als Beispiel einer ähnlichen Mission mit positivem Ausgang dienen. Die aktuellen Einsätze zur See, im Mittelmeer und gegen die Piraterie vor der Küste Somalias seien eine gute Übung für die militärische Zusammenarbeit. Der Admiral warb für die Zusammenarbeit mit Russland und weitere Partnerschaften mit anderen Ländern, um die Kapazitäten der NATO zu vergrößern. Hinsichtlich des neuen Strategischen Konzeptes erklärte er, dass die veränderte Vorgehensweise einfließen und für die Zukunft vor allem die Frage der Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen entscheidend sein werde.

VI. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schatzmeisters der Versammlung

Der Abgeordnete **John Tanner** (Vereinigte Staaten) kandidierte als Einziger für das Amt des Präsidenten der Versammlung und wurde per Akklamation wiedergewählt.

Zudem wurden die Vizepräsidentenposten neu besetzt, für die fünf Kandidaturen vorlagen: Abgeordneter **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) wurde gewählt; per Akklamation wurden Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien), Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) sowie die Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland) und **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) im Amt bestätigt.

Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) wurde per Akklamation zum Schatzmeister der Versammlung wiedergewählt.

VII. Ansprache des Leiters der deutschen Delegation, Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers, anlässlich des 20. Jahrestages der Maueröffnung

Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) dankte dem Präsidenten und den Mitgliedern der Versammlung für die Gelegenheit, anlässlich des 20. Jahrestages der Maueröffnung sprechen zu dürfen. Unbeschreiblich sei die Freude der Menschen beim Fall der Mauer am 9. November 1989 gewesen. Ohne die Bereitschaft der Menschen in der DDR, in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, sich den politischen Verhältnissen und Missständen zu widersetzen und Zivilcourage zu zei-

gen, wäre die friedliche Überwindung der Teilung Deutschlands nicht möglich gewesen. Ebenso bedeutend sei jedoch die Unterstützung der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und anderer europäischer Nachbarländer gewesen. Er danke daher den Bündnispartnern, dass sie zur Einheit Deutschlands und zum Zusammenwachsen Europas beigetragen hätten.

VIII. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada), und Abstimmung über den Haushalt 2010

Der Schatzmeister, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), stellte den Haushaltsentwurf für 2010 vor, den die Versammlung annahm.

IX. Annahme von Änderungen der Geschäftsordnung

Die Versammlung billigte Änderungen der Geschäftsordnung, die die Einrichtung eines Parlamentarischen NATO-Georgien Rates sowie die Möglichkeit der Verleihung eines offiziellen Status in der Versammlung an das Europäische Parlament betrafen. In mehreren Anhängen zur Geschäftsordnung wurde die Zusammensetzung der assoziierten Delegationen und der Beobachterdelegationen in der Versammlung und in den Ausschüssen festgelegt.

X. Diskussion zum Thema „Frauen in den Streitkräften: Die britische Perspektive“

Der Vizepräsident der Versammlung, Abgeordneter **Bruce George** (Vereinigtes Königreich), erklärte, man wolle dem Thema mit der Diskussion im Plenum einen besonderen Stellenwert verleihen und bat zukünftige Gastgeber, es ihm gleich zu tun und ebenfalls weibliche Mitglieder ihrer Streitkräfte einzuladen. Oberst **Nicky Moffat** (Verwaltung), Oberstleutnant **Sarah West** (Heer), Kapitänin **Alice Rawdon-Mogg** (Marine) und Leutnant **Hannah Brown** (Luftwaffe) gaben einen kurzen Überblick über die Situation von Frauen in den britischen Streitkräften und berichteten von ihren persönlichen Erfahrungen. Noch immer gebe es Bereiche, die Frauen nicht offen stünden, wie Einsätze mit unmittelbarem Feindkontakt. Wichtig seien vor allem gleiche Möglichkeiten, die persönlichen Fähigkeiten und Qualitäten einzusetzen und zu zeigen. Effizienz und Wirksamkeit sollten stets im Vordergrund stehen, nicht das Geschlecht.

Zentrale Themen der Diskussion waren die langfristigen Karrierechancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) erörterte in Hinblick auf die Rekrutierung, dass umfassende Kampagnen, zum Beispiel in Schulen, eine Möglichkeit böten. Die Abgeordnete **Anita Schäfer** (Deutschland) fragte nach Erfahrungen mit Kolleginnen aus anderen Ländern im Rahmen der NATO-Einsätze und dem Zugang zu Spezialverwendungen. In ihrer Antwort verwiesen die Rednerinnen darauf, dass bei den britischen

Streitkräften der Einsatz bei der Infanterie, der Panzertruppe und auf U-Booten ausgeschlossen sei.

XI. Beratung der Entschließungsentwürfe

Der Entschließungsentwurf „Das dauerhafte Engagement der NATO in Afghanistan“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde von Generalberichterstatter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Nach kurzer Debatte wurde die Entschließung mit einer Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Eine umfassende und koordinierte Reaktion auf die Seeräuberei vor der Küste Somalias“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und von der Versammlung mit einer Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde durch Generalberichterstatter **Simon van Driel** (Niederlande) vorgestellt und von der Versammlung mit einer Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Das Engagement in Pakistan“ des Politischen Ausschusses wurde von dem Abge-

ordneten **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) an Stelle der Generalberichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) vorgestellt. Nach kurzer Debatte wurde die Entschließung ohne Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die Bekräftigung der Politik der offenen Tür der NATO“ des Politischen Ausschusses wurde ebenfalls von dem Abgeordneten **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) an Stelle der Generalberichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) vorgestellt. Die Entschließung wurde ohne Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die Stärkung der weltweiten Regelung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde von dem Generalberichterstatter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und von der Versammlung nach kurzer Debatte mit einer Änderung angenommen.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,
Staatsminister
Stellvertretender Leiter der
Delegation

Entschließung 375

betreffend

Eine umfassende und koordinierte Reaktion auf die Seeräuberei vor der Küste Somalias

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Parlamentarische Versammlung,

1. *in Besorgnis* über die fortwährend hohe Zahl von seeräuberischen Angriffen weltweit und insbesondere vor der Küste Somalias und in der Region;
2. *in Anerkennung*, dass die Seeräuberei eine schwere Bedrohung der Freiheit der Seefahrt, der internationalen Schifffahrt und weiterer gewerblicher Tätigkeiten in internationalen Gewässern, der dringend benötigten Lieferungen an humanitärer Unterstützung und der Sicherheit der Staatsangehörigen der Verbündeten darstellt und somit zur Instabilität und Unsicherheit in der Region beiträgt;
3. *in Anerkennung*, dass für die Vorbeugung gegen Seeräuberei und ihre Bekämpfung in erster Linie die Küstenstaaten verantwortlich sind, und dass das Hauptziel der internationalen Unterstützung darin besteht, ihnen bei der Ausübung dieser Aufgaben zu helfen;
4. *erfreut* über die nationalen und internationalen dislozierten Marineeinheiten vor der Küste Somalias, die mit der Genehmigung der Übergangsregierung von Somalia und unter dem vom VN-Sicherheitsrat erteilten Mandat operieren;
5. *erfreut* über das hohe Niveau der taktischen Koordination zwischen den dislozierten Marineeinheiten und insbesondere den dislozierten Einheiten der CTF 151, EU NAVFOR und NATO;
6. *in Würdigung* auch der Bemühungen der Schifffahrtsgemeinschaft, den Selbstschutz der Handelsschiffe vor seeräuberischen Angriffen auszubauen und die Einhaltung der bewährten Verwaltungsverfahren und internationaler Vorschriften zu fördern;
7. *in der Überzeugung*, dass die Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias einen umfassend Ansatz erfordert, der Diplomatie, dislozierte Marineeinheiten, Entwicklungshilfe und das Zusammenbringen aller einschlägigen Interessenvertreter miteinander vereint;
8. *unter Betonung* der Notwendigkeit, sich sowohl mit den Ursachen der Seeräuberei als auch mit den Faktoren auseinanderzusetzen, die ihr Gedeihen in Somalia ermöglicht haben;
9. *unter Betonung* der Bedeutung, die in dieser Hinsicht der Beistand hat, der somalischen Einrichtungen geleistet wird, um die Rechtsstaatlichkeit und den Aufbau funktionierender und verantwortlicher Sicherheitseinrichtungen und einer wirksamen und unabhängigen Justiz zu verfestigen;
10. *unter Betonung* auch der Bedeutung des Ausbaus einer wahrhaftigen regionalen Partnerschaft gegen die Seeräuberei und in dieser Hinsicht *erfreut* über die Annahme des Dschibuti-Verhaltenskodexes;
11. *unter Betonung* der Bedeutung, die die Schaffung eines gemeinsamen rechtlichen Rahmens für die NATO hat, der die Überstellung von verdächtigen Seeräubern an Staaten erlaubt, die zu deren strafrechtlicher Verfolgung bereit sind;
12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten und gegebenenfalls die Einrichtungen des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**:
 - a. die Anstrengungen der somalischen Übergangsregierung und der Vereinten Nationen uneingeschränkt zu unterstützen, in Somalia politische Stabilität und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu erzielen;
 - b. die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften betreffend die Seeräuberei auf die uneingeschränkte Übernahme der Bestimmungen der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Bestimmungen des Völkerrechts in nationales Recht, einschließlich jener Rechtsvorschriften betreffend die Ausübung der allgemeinen Gerichtsbarkeit für die strafrechtliche Verfolgung von verdächtigen Seeräubern, hin zu überprüfen;
 - c. den Abschluss von Übergabeabkommen mit Regionalstaaten zur Unterstützung der NATO-Einsätze zur Bekämpfung der Seeräuberei in Erwägung zu ziehen;
 - d. eine gründliche Analyse der Kosten und Vorteile der Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur strafrechtlichen Verfolgung verdächtiger Seeräuber durchzuführen;

- e. die Durchführung von Gerichtsverfahren zu fördern, um die Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung von verdächtigen Seeräubern in der weiteren Region zu verbessern;
- f. Geld- und Waffenbewegungen zur Unterstützung der Seeräuberei besser nachzuvollziehen und zu unterbinden;
- g. alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um herauszufinden, ob von Seeräubern erworbene Gelder zur Finanzierung von Terroristen verwendet werden, und, wenn sich herausstellen sollte, dass dies der Fall ist, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um das zu verhindern;
- h. mit der Schifffahrtsgemeinschaft zusammenzuarbeiten, um die Einhaltung bewährter Verwaltungsverfahren und internationaler Anforderungen betreffend die Sicherheit und die Gefahrenabwehr in der internationalen Seefahrt auszubauen;
- i. die gegenwärtige Stärke an dislozierten Marineeinheiten in der Region beizubehalten;
- j. zusätzliche Einrichtungen zur Luftraumüberwachung bereitzustellen und insbesondere sowohl den Einsatz von AWACS-Flugzeugen der NATO in Erwägung zu ziehen und vermehrt Gebrauch von Drohnen zu machen als auch von der Europäischen Weltraumagentur und anderen Satellitenbetreibern zur Verfügung gestelltes Material zu nutzen;
- k. die öffentlichen diplomatischen Anstrengungen zu verstärken, um den Grund für die internationale Flottenpräsenz vor der Küste Somalias zu erläutern;
- l. die Bemühungen um eine bessere Koordinierung der nationalen und multinationalen dislozierten Marineeinheiten fortzusetzen und zu versuchen, alle beteiligten Marineeinheiten in Koordinierungsmechanismen wie die *Shared Awareness and Deconfliction* und den Koordinierungsprozess für den international empfohlenen Transitkorridor einzubinden;
- m. Wege zu prüfen, um NATO-Partnerstaaten und auch Kontaktländer für eine systematischere und besser strukturierte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Seeräuberei zu gewinnen;
- n. Doppelarbeit zu vermeiden und das größtmögliche Maß an Koordinierung zwischen bilateralen und multilateralen Initiativen anzustreben, um regionale maritime Strafverfolgungskapazitäten aufzubauen;
- o. eine gründliche Überprüfung der Einsätze der Verbündeten vor der Küste Somalias durchzuführen, in deren Mittelpunkt der wertvolle Beitrag der NATO und die Bewertung der Erfolge gegenüber erklärten Zielen stehen, und zwar im Hinblick darauf, dass eine neue maritime Strategie und das Strategische Konzept der Allianz zur aktuellen Diskussion vorgelegt werden;
- p. als Teil der Diskussionen über die langfristige Rolle der NATO bei der Gefahrenabwehr im Seeverkehr Möglichkeiten für eine praktische Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und anderen multinationalen Institutionen, insbesondere den Multinationalen Seestreitkräften, in Betracht zu ziehen.

Entschließung 376

betreffend

das dauerhafte Engagement der NATO in Afghanistanvorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Parlamentarische Versammlung,

1. **in Bekräftigung** der entscheidenden Bedeutung des NATO-Einsatzes in Afghanistan und **angesichts der Tatsache**, dass sein Erfolg von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unserer Nationen und das künftige Wohlergehen des afghanischen Volkes ist;
2. **unter Betonung**, dass aus strategischen Gründen verhindert werden muss, dass Afghanistan erneut zum Hafen des internationalen Terrorismus, einem Drogenstaat und einem destabilisierenden Faktor in einer strategisch wichtigen Region wird;
3. **unter Hervorhebung**, dass der von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfeltreffen in Straßburg/Kehl überarbeitete umfassende strategische militärpolitische Plan eine deutliche Richtungsangabe und ein Fahrplan für den Erfolg in Afghanistan ist;
4. **in Würdigung** der Leistungen unserer Streitkräfte unter äußerst schwierigen Bedingungen und **in ehrenhaftem Gedenken** jener, die bei diesem Einsatz ihr Leben verloren haben oder verletzt worden sind;
5. ferner **in Würdigung** der afghanischen Streitkräfte, die ungeachtet hoher Verluste bei Sicherheitseinsätzen zunehmend die Führung übernehmen;
6. **erfreut** über die Neubelebung des konstruktiven Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen afghanischen und pakistanischen Beamten auf allen Ebenen;
7. **angesichts** der mit wachsender Besorgnis zur Kenntnis genommenen Verschärfung der Sicherheitslage in Afghanistan;
8. **unter Verweis auf** die sachliche erste Einschätzung von ISAF-Kommandeur General Stanley McChrystal und den gegenwärtig in Kabul stattfindenden fließenden politischen Prozess;
9. **aus ganzem Herzen** die erfolgreichen Bemühungen der NATO-Streitkräfte zur Verringerung von zivilen Verlusten **unterstützend**, jedoch **in dem Bedauern** über den bei einigen NATO-Einsätzen verursachten Unfalltod von afghanischen Zivilisten;
10. **mit deutlicher Verurteilung** der Taktik der Aufständischen, absichtlich auf Nichtkombattanten zu zielen und sie regelmäßig zur Vertuschung ihrer eigenen Tätigkeit zu benutzen;
11. **unter Betonung**, dass die Rolle der NATO in Afghanistan letztendlich darauf beschränkt ist, ein sicheres und gewaltfreies Umfeld zu schaffen, in dem nur gemeinsam mit den Bemühungen anderer Akteure auf dem politischen und wirtschaftlichen Sektor annehmbare, umfassende und nachhaltige Ergebnisse erzielt werden können;
12. **in Anerkennung**, dass die soziale und wirtschaftliche Entwicklung für das afghanische Volk der Schlüssel zu einem sicheren und stabilen Afghanistan ist;
13. **unter Hervorhebung** der Bedeutung der Rolle, die dem Unterstützungseinsatz der Vereinten Nationen in Afghanistan bei der Koordinierung multilateraler Bemühungen zukommen muss;
14. **weist nachdrücklich darauf hin**, dass eine Regierung vom afghanischen Volk als rechtmäßig, sachverständig, leistungsfähig und wirkungsvoll akzeptiert werden muss; **und nachdrücklich auch darauf hinweisend**, dass die neue Regierung die nationale Einheit ausbauen muss;
15. **in Ermutigung** der afghanischen Regierung, ihre Bemühungen um gerechte und freie Wahlen zu verstärken, und darüber hinaus ihre Bemühungen auf eine gute Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption zu konzentrieren;
16. **in Anerkennung** der Bedeutung fähiger, demokratisch kontrollierter und gut ausgerüsteter nationaler Sicherheitskräfte in Afghanistan für die Schaffung eines sicheren und gefahrenabwehrenden Umfelds im ganzen Land;
17. **ferner in Anerkennung** der Schlüsselrolle, die der NATO weiterhin bei der Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte zukommt, die letztendlich für die langfristige Gewährleistung der Sicherheit der Afghanen zuständig sein werden;

-
18. *erfreut* über den jüngsten zusätzlichen militärischen Beitrag einiger verbündeter Länder, jedoch alle Verbündeten *ermutigend*, sich uneingeschränkt an den Risiken und Kosten unserer gemeinsamen Beschlüsse zu beteiligen;
19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF:**
- a. ihr dauerhaftes und anhaltendes Engagement erneut zu bekräftigen und die afghanische Regierung dabei zu unterstützen, ihren Bürgern ein sicheres und stabiles Umfeld zu schaffen, damit ein erneutes Aufkeimen der vom afghanischen Hoheitsgebiet ausgehenden und gegen das eigene Volk und andere Völker gerichteten Bedrohungen verhindert wird, und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung weiter zu unterstützen;
 - b. den vom ISAF-Kommando befürworteten Ansatz zu unterstützen und sich daran zu beteiligen, wobei das afghanische Volk im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Bemühungen steht;
 - c. als Angelegenheit von absolutem Vorrang das Personal, die Ausrüstung und die Finanzierung, die für eine Beschleunigung der Entwicklung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte benötigt werden, bereitzustellen, um zur gegebenen Zeit in allen Bereichen den Übergang auf die afghanische Führung zu bewerkstelligen.

Entschließung 377

betreffend

die Überwindung der Weltwirtschaftskrisevorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Parlamentarische Versammlung,

1. **in Anerkennung**, dass die jüngste Weltwirtschaftskrise vielleicht die größte politische und intellektuelle Herausforderung für die westlichen Gesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg darstellt;
2. **in dem Eingeständnis**, dass diese Krise schwere Mängel in der Regelung der westlichen Finanzmärkte widerspiegelt, wie beispielsweise eine unzulängliche internationale Koordination bei der Gestaltung von Vorschriften, unzureichend regulierte Finanzmärkte, unbrauchbare Einstufungsverfahren und nachteilige Vergütungsregelungen bei führenden Finanzinstitutionen, die sich zeitweise eher als Einrichtungen zur gegenseitigen Bereicherung denn als effiziente Kapitalanleger verhielten;
3. **angesichts** des Umstandes, dass diese Krise auch weitreichende Veränderungen der Weltordnung, einschließlich des wachsenden Pluralismus des internationalen Systems und der Notwendigkeit, weltweite Belange multilateral zu regeln, hervorgebracht hat;
4. **in Anerkennung**, dass die Krise die fiskalischen Grundlagen zahlreicher NATO-Mitgliedsländer – insbesondere, aber nicht nur, in Mittel- und Osteuropa – ausgehöhlt hat und die nationalen Verteidigungseinrichtungen kurz- und mittelfristig wahrscheinlich mit gewaltigen Etatkrzungen konfrontiert sein werden;
5. **in Anerkennung**, dass durch die Geld- und Fiskalpolitik bestimmter Mitgliedstaaten die frei verfügbare Liquidität erzeugt wurde, mit der in den Vereinigten Staaten und andernorts riskante künstliche Marktaufblhungen finanziert wurden;
6. **hoherfreut** ber die raschen Rettungsmaßnahmen der westlichen Regierungen zur Abwendung einer Depression, einschließlich der Bemühungen zur Bereinigung von Bankenbilanzen, um die Liquidität der Weltwirtschaft zu erhalten und die Nachfrage durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen anzukurbeln;
7. **in Anerkennung** der fortbestehenden Fragilität der internationalen Wirtschaftsordnung, beispielsweise aufgrund der strukturellen Abhängigkeiten von den amerikanischen Verbrauchern als dem zentralen weltweiten Wachstumsmotor, oder aufgrund der übereilten Anhäufung von Fiskaldefiziten sowie dem Fortbestand von schwer zu liquidierenden Aktivposten in den Bankenbilanzen und von Schlupflöchern in den Vorschriften;
8. **in Anerkennung**, dass diese Krise die Entwicklungsländer besonders hart getroffen hat, da ihnen dadurch der Zugang zu Krediten, Handelsmöglichkeiten und Entwicklungshilfe erschwert wurde, und **auch in Anerkennung**, dass diese Krise einen deutlichen Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise, von dem die armen Länder ebenfalls unverhältnismäßig stark betroffen waren, nach sich zog;
9. **erfreut darüber**, dass als vorrangige Zuständigkeit für die Koordinierung zwischen den wichtigsten Wirtschaften der Welt der G-20 und nicht der G-7 eingeräumt wurde;
10. **akzeptierend**, dass für ein angemessenes Funktionieren der Märkte geeignete gesetzliche Vorschriften und eine Aufsicht erforderlich sind;
11. **in Ablehnung** jeglicher Zuflucht zu protektionistischen Maßnahmen, die den Aufschwung beeinträchtigen könnten;
12. **unter Beklagung** des furchtbar hohen Preises, den diese Krise die Arbeitnehmer gekostet hat, die ihre Arbeitsplätze verloren haben und bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz vor einer gewaltigen Herausforderung stehen, da sich in einer schweren Finanzkrise der Arbeitsmarkt unweigerlich als letztes erholt;
13. **mit der Warnung**, dass diese Rezession eine Gefahr für die weltweite Sicherheit darstellt und dass diese Gefahr in den ärmeren Ländern, wo Millionen in Armut leben, am größten ist;
14. **angesichts des Umstands**, dass es Anzeichen für einen leichten wirtschaftlichen Aufschwung gibt, der nun genährt werden muss;

15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF:**

- a. zu diesem heiklen Zeitpunkt des Übergangs zwischen Krise und Wachstum im Wirtschaftssystem weiterhin großzügig für Liquidität zu sorgen;
- b. Rückzugsstrategien für das Herunterfahren von Ankurbelungsprogrammen zu entwickeln, sobald der Wiederaufschwung wieder Fuß gefasst hat, und mittelfristige Maßnahmen zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts zu ergreifen;
- c. in Zeiten des Wachstums zum Sparen zu ermuntern, um die Gefahr von Konjunkturschwankungen abzumildern und für künftige Wirtschaftskrisen Ersparnisse anzulegen;
- d. Strategien zu entwickeln, damit Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz nicht verlieren, und, sollte dies nicht gelingen, sicherzustellen, dass sie für neue Arbeitsplätze ausgebildet werden und oberhalb der Armutsgrenze leben können, damit ihre Beschäftigungsaussichten nicht für immer verbaut sind;
- e. die Anstrengungen zu verdoppeln, um auf internationaler Ebene Wirtschaftsstrategien zu koordinieren, die Entwicklungsländer in diesen Prozess einzubinden, und um sicherzustellen, dass Strategien für den Wiederaufschwung umweltverträglich sind;
- f. den Verlockungen des Protektionismus zu widerstehen, da der Freihandel bewährte Mittel zur Schaffung von Wachstum und Wohlstand bietet;
- g. jene Hürden zu überwinden, die einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Verhandlungsrunde im Wege stehen;
- h. die Initiativen für eine Bankenreform zu koordinieren und dabei sicherzustellen, dass Regulierungsansätze nach dem Motto „bring deinen Nachbarn an den Bettelstab“ nicht einen Wettlauf „nach unten“ auslösen, der die internationale Wirtschaft anfällig für künftige Krisen machen würde;
- i. sicherzustellen, dass die nationalen Verteidigungshaushalte durch diese Rezession nicht übermäßig in Mitleidenschaft gezogen werden, und anzuerkennen, dass eine engere Zusammenarbeit bei der Beschaffung Einsparungen bringt, ohne auf Kosten von Fähigkeiten zu gehen;
- j. die für internationale Entwicklungshilfe vorgesehenen Mittel, mit denen insbesondere schwache Staaten bei der Bewältigung dieser Krise unterstützt werden sollen, zu verteidigen;
- k. anzuerkennen, dass die der herrschenden Nahrungsmittelkrise zugrundeliegenden Ursachen sich nicht wesentlich verändert haben, und dass Politiken benötigt werden, die sicherstellen, dass die Abermillionen von Menschen, die vom Verhungern bedroht sind, Zugang zu Nahrungsmitteln erhalten.

16. **FORDERT** das NATO-Sekretariat auf, dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO einen Jahresbericht vorzulegen, in dem folgende Punkte erläutert werden:

- a. die gegenwärtigen und künftigen Verteidigungsausgaben eines jeden Mitgliedstaats; und
- b. die von jedem Mitgliedstaat für NATO-Einsätze bereitgestellten finanziellen und personellen Ressourcen.

Entschließung 378

betreffend

das Engagement in Pakistanvorgelegt vom Politischen Ausschuss
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Parlamentarische Versammlung,

1. **in dem Bewusstsein**, dass die afghanisch-pakistanische Grenze als Hauptrückzugs- und Nachschubroute für die aufständischen Taliban und Al-Qaida beider Länder dient;
2. **in Anerkennung** der Bedeutung Pakistans und seines Beitrags zur Stabilisierung Afghanistans und der umgebenden Region;
3. **in der Besorgnis** über die instabile Sicherheitslage in Pakistan und die steigende Zahl von Binnenvertriebenen;
4. **angesichts** des Umstands, dass Pakistan weiterhin unter einer hohen Inflation, großen Einkommensunterschieden und, insbesondere in den Grenzgebieten, einer chronischen Unterfinanzierung der Infrastruktur und Bildung leidet;
5. **in Anerkennung**, dass die Konsolidierung der Demokratie, während gleichzeitig ein zunehmend gewalttätiger Aufstand bekämpft wird, ein langer und schmerzlicher Prozess sein wird;
6. **in der Unterstützung** von Islamabad's wachsenden Bemühungen, in Pakistan lebende Extremisten, die im angrenzenden Afghanistan und in Indien aktiv sind, auszuschalten;
7. **angesichts** des Umstands, dass Pakistans Regierung und Militär ihre Politik überdacht haben und gegen die pakistanischen Taliban militärisch vorgehen;
8. **in der Überzeugung**, dass der Ausbau einer kooperativen, koordinierten Arbeitsbeziehung durch Pakistan – insbesondere mit Afghanistan, Indien und Iran – von wesentlicher Bedeutung für die regionale und weltweite Gefahrenabwehr und Stabilität ist;
9. **mit Unterstützung** eines umfassenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ansatzes der Verbündeten der Vereinigten Staaten und der NATO gegenüber Afghanistan und Pakistan, der zur Bekämpfung der Extremisten erforderlich sein wird;
10. **in Anerkennung** des deutlichen Anstiegs von Unterstützung für Pakistan, insbesondere durch die Vereinigten Staaten;
11. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Pakistans **MIT NACHDRUCK AUF**:
 - a. die Bekämpfung der vor Ort und länderübergreifend operierenden Aufständischen zu verstärken und einen wirksameren nationalen und internationalen Ansatz zur Bekämpfung aller Extremisten innerhalb der Grenzen Pakistans durchzusetzen;
 - b. in ganz Pakistan ein stabiles und sicheres Umfeld herzustellen, gefolgt von der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Verbesserung der Rechenschaftspflicht und der Transparenz staatlicher Institutionen;
12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**:
 - a. Pakistan in die Lage zu versetzen, die Extremisten durch den weiteren Ausbau und die Ausweitung der Ausbildung und Schulung seiner Beamten wirksam zu bekämpfen;
 - b. die zugesagte Unterstützung bereitzustellen und, falls möglich, auszubauen;
 - c. Pakistan bei seinen Anstrengungen zu ermutigen und mittels fortgesetzter Wirtschaftshilfe dabei zu unterstützen, sich seinen lange bestehenden Herausforderungen Armut, Arbeitslosigkeit und Unterentwicklung zu stellen;
 - d. erneut ihre Bereitschaft und ihr langfristiges Engagement zu bekräftigen, damit Pakistan in die Lage versetzt wird, die eigene Gefahrenabwehr sicherzustellen;
 - e. Indien und Pakistan zu ermutigen, einen Dialog über Kaschmir zu eröffnen, wodurch es Pakistan ermöglicht würde, eine Entscheidung hinsichtlich des Abzugs seiner Soldaten aus seinem Grenzgebiet zu Indien und deren Stationierung in seinem Grenzgebiet zu Afghanistan zu treffen.

Entschließung 379

betreffend

die Bekräftigung der Politik der offenen Tür der NATOvorgelegt vom Politischen Ausschuss
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. **erneut erklärend**, dass die Allianz für jedes demokratische europäische Land offen ist, das bereit und in der Lage ist, die Grundsätze des Washingtoner Vertrags zu fördern und zu Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum beizutragen;
2. **unter besonderem Hinweis darauf**, dass die Politik der offenen Tür der NATO die Sicherheit und Stabilität im gesamten euroatlantischen Raum und darüber hinaus erfolgreich gestärkt hat;
3. **unter Betonung** des Rechts jedes souveränen Staates, seinen außenpolitischen Kurs selbst zu bestimmen, und der Tatsache, dass kein Dritter das Recht hat, sich dagegen zu stellen;
4. **unter Anerkennung** der Beiträge der NATO-Beitrittskandidaten zu den vom Bündnis geführten Operationen;
5. **unter Hinweis darauf**, dass die Einladung an die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien¹ zum NATO-Beitritt ergeht, sobald eine einvernehmliche Lösung der Namensfrage erzielt wurde;
6. **in Anerkennung** der erheblichen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fortschritte in den vier beitriftswilligen Ländern Bosnien-Herzegowina, Georgien, Montenegro und Ukraine;
7. **unter Betonung** der Tatsache, dass der Beitritt zum Bündnis leistungsabhängig ist, und **feststellend**, dass die beitriftswilligen Länder ihre Reformprozesse fortführen müssen;
8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente von Bosnien-Herzegowina, Georgien, Montenegro und der Ukraine **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. die Reformbemühungen mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Zivilgesellschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft fortzuführen;
 - b. die effektive Trennung von staatlicher Exekutive, Legislative und Judikative zu gewährleisten;
 - c. für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sorgen;
 - d. die Unumkehrbarkeit ihrer Reformprozesse deutlich zu machen;
9. **FORDERT** die Regierung und das Parlament der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien **NACHDRÜCKLICH AUF**,

die Instrumente des Aktionsplans zur Mitgliedschaft (*Membership Action Plan*, MAP) weiterhin zur Förderung der notwendigen Reformen zu nutzen und gleichzeitig zu versuchen, auf dem Weg zum Erwerb der vollen NATO-Mitgliedschaft eine einvernehmliche Lösung der Namensfrage herbeizuführen;
10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

ihre Politik der offenen Tür zu bekräftigen und die Beitrittskandidaten auf ihrem Weg zur NATO-Mitgliedschaft weiterhin zu unterstützen.

¹ Die Türkei erkennt die verfassungsmäßige Bezeichnung der Republik Mazedonien an.

Entschließung 380

betreffend

die Stärkung der weltweiten Regelung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen

vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Parlamentarische Versammlung,

1. **in der Überzeugung**, dass die nukleare Sicherheit noch wichtiger als die weltweite Sicherheit ist;
2. **in der Auffassung**, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) der Dreh- und Angelpunkt der weltweiten Regelung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen sein sollte;
3. **in Betonung** ihrer Unterstützung anderer internationaler Instrumente zur Eindämmung der nuklearen Verbreitung, einschließlich der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), der Initiative zur Sicherstellung der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation Security Initiative – PSI), der Gruppe der Nuklearlieferländer (Nuclear Suppliers Group – NSG), der Entschließung Nr. 1540 des VN-Sicherheitsrats, der Weltweiten Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus und der Nunn-Lugar-Programme zur kooperativen Verringerung der globalen Bedrohung;
4. **in dem Bedauern**, dass die bestehende Nichtverbreitungsregelung Schlupflöcher enthält, einschließlich der Mehrdeutigkeit betreffend das Recht auf Erwerb von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und des Fehlens robuster Mechanismus im Fall der Missachtung;
5. **entschlossen, dass** auf der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 2010 die Parteien konkrete Maßnahmen vereinbaren sollen, um die Regelung zu stärken, und dass sich das Scheitern der vorangegangenen Überprüfungskonferenz von 2005 nicht wiederholen darf;
6. **in Anerkennung**, dass die Fortschritte auf den Gebieten der schrittweisen atomaren Abrüstung, der nuklearen Nichtverbreitung und der friedlichen Nutzung von Kernenergie miteinander vereinbar sein müssen;
7. **hoherfreut** über die langfristige Aussicht auf eine Welt ohne Kernwaffen, wie sie gegenwärtig von der neuen US-Administration befürwortet wird;
8. **erfreut** über die von der Regierung der Vereinigten Staaten, Russlands, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs unternommenen Schritte zur Verringerung ihrer Kernwaffenbestände;
9. **bestürzt** über die von der Islamischen Republik Iran und der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) an den Tag gelegten ständigen Missachtung hinsichtlich der Aufforderung der internationalen Gemeinschaft, die sensiblen Bestandteile ihrer Nuklearprogramme einzufrieren und mit der IAEO uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;
10. **in Anerkennung**, dass der NVV friedliche Nuklearprogramme zulässt und dass das von einer Reihe von Ländern zum Ausdruck gebrachte Interesse an der Kernenergie ihre Energiesicherheit ausbauen und zu weltweiten umweltrelevanten Zielsetzungen beitragen kann;
11. dennoch **bekräftigend**, dass die Neubelebung der Kernenergie nur dann vonstatten gehen kann, wenn strenge Sicherheitsvorschriften und -instrumente vorhanden sind, einschließlich des Aufbaus von multinationalen Nuklearbrennstoffzentren und der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls, das intrusive IAEO-Inspektionen vorsieht, durch alle Staaten weltweit;
12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**:
 - a. ihre Bemühungen zu verdoppeln, um sicherzustellen, dass der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags 2010 die Stärkung der weltweiten Regelung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen gelingt, durch:
 - i) die Vereinbarung objektiver, länderneutraler Sanktionen und Verfahren, die unter der Aufsicht durch die IAEO bei Nichteinhaltung automatisch gegen NVV-Staaten verhängt werden sollen;
 - ii) die Ratifizierung des IAEO-Zusatzprotokolls – eine verbindliche Voraussetzung für jeden Transfer von nuklearer Technologie, nuklearem Material und Know-how;
 - iii) die Klarstellung, dass das Recht auf Atomenergie nicht den freien Zugang zu Technologie mit doppeltem Verwendungszweck wie Urananreicherung und Plutoniumtrennung beinhaltet;

- iv) den erneuten Hinweis darauf, dass eine Nation sich nicht kurzfristig aus dem NVV zurückziehen kann, ohne all die Vorteile aufzugeben, in deren Genuss sie als Mitglied des Vertrags gekommen ist;
 - v) das Beharren darauf, dass die Beobachtung durch die IAE0 nach jedem Rückzug für einen Zeitraum fortgesetzt werden muss, der erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass die NVV-Mitgliedschaft nicht missbraucht wurde;
 - vi) die Schaffung von Anreizen für die Entwicklung multinationaler nuklearer Brennstoffproduktionen, die Brennstoffwiederaufbereitung und Lagerungsmöglichkeiten für atomare Abfälle unter der Aufsicht der IAE0;
 - vii) die Gewährleistung, dass eine angemessene Finanzierung der IAE0 in dem Maße steigt, wie das Interesse an Kernenergie weltweit zunimmt;
 - viii) die Ermutigung weiterer Fortschritte im Bereich der atomaren Abrüstung, einschließlich der Ratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, die Verhandlung des Vertrages über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material und der Planung weiterer Reduzierungen der Kernwaffenbestände;
 - ix) das Angebot von Anreizen, um Indien, Israel und Pakistan vom Beitritt zum NVV zu überzeugen;
- b. den direkten Dialog mit der iranischen Führung im Hinblick auf eine gangbare Lösung fortzusetzen, die Irans Uranprogramm nicht legitimieren, aber seine weitergefächerten Wirtschaftsinteressen widerspiegeln würde, und die diplomatischen und wirtschaftlichen Bemühungen, einschließlich der möglichen Verhängung strenger Sanktionen gegen die iranische Regierung, zu verstärken, falls die gegenwärtigen Verhandlungen nicht dazu führen sollten, dass sichergestellt wird, dass Iran mittels einer annehmbaren Vereinbarung daran gehindert wird, eine Kernwaffenfähigkeit zu entwickeln;
 - c. die Umsetzung der Resolution des VN-Sicherheitsrats Nr. 1874 sicherzustellen, in der die Verhängung von Sanktionen gegen die DVRK gefordert wird;
 - d. ihr Engagement für und die angemessene Finanzierung der Nunn-Lugar-Programme zur kooperativen Verringerung der globalen Bedrohung und die Globale G8-Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien zu bekräftigen;
 - e. die Themen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen häufiger auf die Tagesordnung des Nordatlantikrats und des neu gefassten Strategischen Konzepts der NATO zu setzen.

